Nr. 37. Donnerstag, den 13. Februar 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892.) Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Das preußische Volksschulwesen im Jahre 1886.*)

II.

Die berufenen Vertreter der preußischen Regierung sagen deutlich das aus, was wir im ersten Artikel ausgesprochen haben, daß nämlich die höheren Schulen ein Monopol der besitzenden Klassen sind. In der Denkschrift, welche unseren Betrachtungen zur Grundlage dienende amtliche Veröffentlichung einleitet, sagen die Herren Geheimrath Dr. Schneider und Prof. Dr. A. Petersilie: „Die Volksschule bildet die alleinige Quelle geistiger und sittlicher Bildung für die breitesten Schichten unseres Volkes**). Eine theoretische Einsicht aber genügt nicht, wenn sie sich nicht in heilsame Thaten übersetzt, wenn die „Quelle geistiger und sittlicher Förderung“ nur kärglich und trübe fließt.

Es ist einleuchtend, daß die Aufgaben des Unterrichts nur dann gelöst werden können, wenn ein normales Verhältniß zwischen der Zahl der Lehrkräfte und der Schülerzahl besteht. Je geringer die Summe der Arbeitskräfte ist, desto mehr sich auf diesem Felde bestätigt, desto ungünstiger die pädagogischen Ergebnisse. Auch der begabteste, gewandteste, ausdauernd und leidlich frischeste Lehrer verfügt nur über ein bestimmtes Maß von Leistungsfähigkeit. Wird die Grenze überschritten, so wird er vor der Zeit abgenutzt und in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkt werden. Um viel mehr gilt das Gesagte von der Durchschnittsarbeitskraft, mit welcher, wie auf allen anderen Gebieten menschlichen Schaffens, gerechnet werden muß. Das gesellschaftlich übliche Arbeitsquantum wird von dem Durchschnittslehrer geleistet. Aber was geschieht, wenn die an ihn gestellten Anforderungen seine Kräfte übersteigen, wenn er genöthigt wird, ohne Maß und Ziel zu arbeiten, seine Kraft zu zersplittern und nichts Ganzes zu leisten. Der Fabrikarbeiter, welcher durch den Kapitalisten gezwungen wird, über eine bestimmte Zeit zu schaffen, liefert, wie eine alte Erfahrung lehrt, minderwerthige Produkte. Und der Lehrer, der Herz und Hirn der Jugend bilden soll, wird durch den Druck der Verhältnisse in die Zwangslage versetzt, dasselbe zu thun, wie der Garnspinner oder Sammetweber, deren Arbeitstag zu weit ausgedehnt wird. Er liefert Pfuscharbeit, nicht durch eigene Schuld, sondern durch einen Regime, das zwar jedem Unteroffizier zum Exerzieren nur fünfzehn Soldaten, dem Jugendbildner aber genug, sieben- und achtmal so viel Kinder in die Schule giebt.

*) Artikel I in Nr. 34.

**) Preußische Statistik. (Amtliches Quellenwerk). 101. Band. Das Volksschulwesen im preußischen Staate im Jahre 1886. Berlin 1889. S. 53.

Wie viele Lehrer, dies sei zuerst gefragt, kommen in Preußen auf eine Volksschule? Es bestanden im Jahre 1886:

	Schulen	mit Klassen
Schulen mit **einem** Lehrer	23 152	28 561
Darunter Halbtagsschulen	5 409	10 818
Schulen mit zwei Lehrern	5 714	14 110
Darunter mit drei Klassen	2 682	8 046
Sonst mehrklassige Schulen	5 150	32 426
Schulen überhaupt	34 016	75 097

Wenn wir die Prozentverhältnisse anführen, wird noch viel derber die krasse Rückständigkeit unserer von offiziösen Federn vielgerühmten Schuleinrichtungen veranschaulicht. Es unterrichteten

nur **1** Lehrer in **68,06** pCt. aller Schulen
2 „ „ 16,80 „ „ „
3 und mehr Lehrer in 15,14 pCt. aller Schulen.

Selbst ein solch maßvoller, vorsichtig abwägender Forscher wie Johannes Conrad erklärt im Hinblick auf diese Ziffern: „Es bleibt in dieser Hinsicht noch außerordentlich viel zu thun übrig.“ Daß es selbstverständlich wieder das platte Land ist, welches am ungünstigsten gestellt ist, bedarf eigentlich keines besonderen Nachweises. Doch sei der Vollständigkeit wegen mitgetheilt, daß gezählt wurden*)

	in den Städten pCt.	auf dem Lande pCt.
Schulen mit einem Lehrer	**17,56**	**74,26**
„ „ zwei Lehrern	9,82	17,67
mehrklassige Schulen sonst	**72,62**	**8,09**

Diese Angaben erhalten dadurch noch eine schärfere Beleuchtung, daß in den Städten „die mehrklassigen Schulen noch wesentlich breiter und stufenreicher ausgebaut sind als die ländlichen Schulen“, wie es in der offiziellen „Denkschrift“ heißt.

Wenn in der „Denkschrift“ rühmend hervorgehoben wird, daß sich die Verhältnisse seit 1871 bezw. 1886 gebessert haben, so darf den Herren Verfassern der Vorwurf allzugroßer Bescheidenheit nicht erspart werden. Was bedeutet es, wenn es unter 100 Schulen solche mit einem Lehrer 1871: 74,7, 1882: 69,8, 1886: 68,1 gegeben hat! Vergleicht man das reißend schnelle Wachsthum des Militärbudgets in demselben Zeitraum, vergegenwärtigt man sich, wie viel Millionen der mehrfache Wechsel in der Bewaffnung gekostet hat, was für riesige Summen der Uebergang vom Mausergewehr zum kleinkalibrigen Repetirgewehr verschlungen hat, so muß die „Besserung der Verhältnisse“ im preußischen Volksschulwesen als eine winzige, kaum der Rede werthe bezeichnet werden. Nur dann erkennt man die Kulturwidrigkeit des Militarismus in ihrer volksverwüstenden Größe, wenn man die für ihn gebrachten Opfer mit den Bagatellen vergleicht, welche für die friedliche Kulturarbeit verbraucht werden. Wenn uns die Reihe von Millionen, die für den letzteren Zweck aufgebraucht wird, vorgerückt wird, so schreckt uns das nicht; wie klein und geringfügig erscheint dies Alles gegenüber den vielen hundert Millionen, welche die Armee verschlingt.

*) Preußische Statistik 2c., S. 48.

Die Gesammtkosten der Schulunterhaltung — wir kommen in einem späteren Artikel hierauf noch zurück — bezifferten sich!

	im Ganzen	in den Städten	auf dem Lande
1871:	56 648 398 M.	24 646 010 M.	32 002 388 M.
1886:	127 422 875 M.	61 077 879 M.	66 344 996 M.

Was der Militäretat verschlingt, ist uns geläufig; die Milliarde jährlich ist erreicht, und wenn ein neuer Kartellreichstag in Berlin einzieht, wird er stark in die zweite Milliarde hineingehen.

Es ist daran festzuhalten, daß die Zahl der Lehrkräfte der gestellten Aufgabe durchaus nicht gewachsen ist, und daß die Möglichkeit, den Schulkindern das beizubringen, was der Lehrplan vorschreibt, für einen sehr hohen Prozentsatz von Schülern gar nicht gegeben ist.

Diese Thatsache läßt sich nicht fortdisputiren, die amtliche Statistik hat sie festgestellt, und wir haben nichts anderes zu thun, als sie den Interessenten, den Arbeitern nämlich, vor Augen zu führen. Daß hier eine Reform nöthig ist, könnte höchstens Herr Pindter leugnen.

Politische Uebersicht.

An die sozialdemokratischen Wahlkomitees! Um eine rasche und genaue Zusammenstellung aller am 20. Februar auf unsere Parteikandidaten abgegebenen Stimmen zu ermöglichen, werden die Wahlkomitees ersucht, nachdem ihnen das genaue Wahlresultat bekannt geworden ist, dasselbe sofort per Brief an den Unterzeichneten einzusenden und zwar auch mit Angabe der auf die gegnerischen Kandidaten gefallenen Stimmen. Diejenigen Wahlkomitees, welche bereits am Wahltag Abend oder spätestens am nächsten Tage wichtige Resultate melden können, werden gebeten, diese telegraphisch einzusenden.

Telegramm-Adresse:
Bebel, Dresden-Plauen.
Für das Zentral-Wahlkomitee
A. Bebel.

Das „Rothe Gespenst“ muß ja, bei dem geistigen Bankerott unserer Kartellbrüder im jetzigen Wahlkampf so ziemlich überall herhalten; allein eine so hervorragende Rolle wie in Leipzig Stadt und Land spielt es doch wohl nirgends im ganzen Deutschen Reich, nicht einmal in Hinterpommern, wo die Putzkamer zu Hause sind. Man kann ohne Uebertreibung sagen: das „Rothe Gespenst“ ist dort das einzige Agitationsmittel der vereinigten „Ordnungsparteien“. Es klingt unglaublich, ist aber buchstäblich wahr, die Theilerei, die Weibergemeinschaft, die Kinder, die „den Eltern geraubt und in sozialistischen Brütanstalten“ erzogen werden — nichts fehlt. Und das ist „Klein-Paris“, von welchem Göthe vor

Feuilleton.

[18

[Nachdruck verboten.]

Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung
von Lucy Réville aus den Jahren 1789—1792.
Deutsch von Ludwig Knorr.

Als sie angenommen waren, wandte er sich an Cadet und die anderen Vaterlandsvertheidiger, die sich in der Versammlung befanden und sagte zu ihnen:

— Soldaten der französischen Republik, erinnert Euch dessen, was Ihr hier gehört habt, vergeßt nicht, daß in dieser Versammlung alle gesetzlichen Gewalten vereinigt sind und jeder Bürger nur ihr zu gehorchen hat. Dumouriez hat den Gehorsam verweigert, der Feind war vor unseren Thoren, er hat mit dem Feinde unterhandelt, er hat vier Volksvertreter und den Kriegsminister verhaftet. Habt Ihr etwa bei Jemappes gesiegt? Nein! Erinnert Euch immer daran, daß die Freiheit wird immer bestehen, die Könige werden verschwinden. Schwört, das Vaterland und die Ehre der Freiheit niemals zu verrathen.

Die Soldaten, die Sektionäre und die Tribünen riefen einstimmig:

— Wir schwören es!

Ein Sekretär nahm die Feder, schrieb einige Zeilen und las:

„Der Konvent erklärt, daß die Fahne, welche der Kommandant Cadet Tricot gebracht hat, in den Gewölben des Sitzungshauses aufbewahrt bleibe und der Name des Offiziers im Protokolle erwähnt werde.“

— Bürger, sagte der Präsident, Du hast die Ehre, der Sitzung des Konvents beizuwohnen.

Dann nahm die Diskussion ihren Verlauf.

Cadet war seit einigen Augenblicken ein anderer Mensch geworden.

Die Achtung vor der Souveränität des Volkes, die er in seinen Vertretern hier vor sich sah, zog mit der Begeisterung in sein Herz, wie sie der großen Zeit eigen war. Es trat ihm dies zwar nicht klar ins Bewußtsein, aber er fühlte die Macht dieses Eindruckes.

„Die Gesetze erzeugen die Sitten“ sagt Montesquie.

Und es war wirklich so, daß die Dekrete und Debatten des Konvents die Begeisterung und den Geist der Revolution von einem Ende des Landes bis zum anderen trugen.

Cadet verließ die Versammlung mit Mutter Combat.

Die Vorstädterin war nicht mittheilsam, aber eine gewisse Genugthuung sprach aus ihren Worten und Mienen.

— Bursche, sagte sie zu Cadet, wir gehen heute Abend zu den Jakobinern.

— Diesen Abend werde ich Paris verlassen, ich gehe zur Armee zurück.

— Du kannst einen Tag länger bleiben.

— Nein, Eure Tochter will ja, daß ich abreisen soll.

Er erzählte von der Verhaftung der Bürgerin Bernard, der Liebe Henri's zu ihr und dem Besuche in dem kleinen Hause.

— Deine Bürgerin, bemerkte die Combat, ist eine Aristokratin. Sie besuchte die Roland und steckte mit den Brissotisten zusammen. Ich habe sie öfter auf der Straße gesehen; sie trug seidene Kleider und Spitzen, als wenn das Getreide nicht erfroren wäre und die Patrioten nicht Mangel an Brot hätten. Ich will nicht, daß Du Dich für sie verwendest, ich erwarte sie vor dem Revolutionstribunal zusammen mit allen Reichen, allen Luxushändlern, allen Denjenigen, die uns aushungern und unsere Kinder sterben lassen.

So sprach die Frau in wildem Tone; sie hatte noch kein Atom ihres Hasses verloren.

Cadet hörte ihr erschrocken zu.

Da vernahm er plötzlich eine kleine, zarte Stimme:

— Kauft Kokarden, Bürger, schöne Kokarden in den Nationalfarben.

Die kleine Jenny stand, mit ihrem Korbe um den Hals, vor ihnen.

Da vergaß Cadet Alles: den Konvent, die Jakobiner, die Armee und alles Uebrige. Die Stimme Danton's klang ihm noch wie ein ferner Donner in den Ohren und der Worte des Präsidenten erinnerte er sich nur unklar. Mutter Combat hatte jetzt jeden Einfluß auf ihn verloren. Er dachte jetzt nur an das Versprechen, das er seiner kleinen Freundin gegeben hatte.

— Nun, sagte diese, hast Du Deine Fahne abgegeben?

— Ja!

— Dann mußt Du abreisen!

Er senkte den Kopf vor den Blicken der Mutter, nahm die kleinen Hände des Mädchens in seine großen und sagte zu ihr:

— Ich werde mich bemühen, bald wieder hier zu sein.

Darauf rannte er schnell fort. Er stieß mit den Ellenbogen rechts und links die Menge auseinander, welche die Zugänge zum Konvent verstopfte.

* * *

Die Conciergerie.

Jane wurde nach ihrer Verhaftung in die Conciergerie gebracht. Sie hatte das lärmende, tobende Paris durchschritten. Die Seine floß ruhig unter den zahlreichen

hundert und etlichen zwanzig Jahren behauptete: „Es bildet seine Leute“. Wenn er diese „Leute“ sich ansähe, die jetzt unsere Reichsherrlichkeit mit sammt allen Errungenschaften der Zivilisation im Wahlkampfe gegen die barbarischen Umstürzler vertreten — er würde sein Urtheil feierlich widerrufen. Spaßes halber — und auch als Denkmal deutsch-nationaler Modekultur — sei hier der Schluß des „reichstreuen“ Wahleufrufes für Dr. Ferdinand „Götz (Debbchen-Götz) mitgetheilt Er lautet:

„Die Wahl von Anhängern der rothen vaterlandslosen Umsturzpartei würde den inneren und äußeren Frieden die Macht und Wohlfahrt des Deutschen Reiches und Volkes aufs Schwerste gefährden! Denn die Sozialdemokratie hat kein Herz und Gefühl für unser Deutsches Vaterland. Sie haßt dessen Macht und Größe grimmiger, als unser unblendetster Feind. Sie führt gegen das Deutsche Reich und unsere gesellschaftliche Ordnung und Gesittung den Kampf bis aufs Messer — um auf deren Trümmern die vaterlandslose rothe kommunistische, auf allgemeiner Gütertheilung beruhende Weltrepublik aufzurichten. Die Führer und Abgeordneten der Sozialdemokratie haben 1870, als Deutschland von Frankreich im tiefsten Frieden meuchlings überfallen wurde, unserem Vaterland die Mittel versagt, sich zu wehren. Sie wollten uns mit gebundenen Händen dem Erbfeind überliefern! Die Abgeordneten der Sozialdemokratie haben gegen Alles gestimmt, was uns Deutsche einigt und erhebt: gegen die Reichsverfassung, gegen den Frankfurter Frieden und den Erwerb von Elsaß-Lothringen, gegen unsere Wehrgesetze, gegen unsere Rechtseinheit, selbst gegen die hochsinnige, ausschließlich den Arbeitern zu Gute kommende sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches. Die Sozialdemokratie ist gottlos, denn sie erklärt den lieben Gott für abgeschafft und spottet seiner öffentlich, wenn sein heiliger Name genannt wird. Daher erklärt auch das amtliche Parteiblatt den Meineid für erlaubt!

Die Sozialdemokratie ist gesetzlos, zuchtlos und revolutionär, denn sie kann und will den Umsturz unsrer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung nur mit Gewalt, in dem unsäglichen Elend einer bewaffneten Revolution, erreichen. Ihre Führer haben das im Reichstag mit dreisten Drohungen bekannt; die ganze Partei aber hat es eingestanden, indem sie 1880 (auf ihrem Kongreß zu Wyden in der Schweiz das Wort „gesetzlich“ aus ihrem Programm strich und dadurch bekundete, daß die Ziele der Sozialdemokratie nur mit ungesetzlichen und gewaltthätigen Mitteln erreicht werden sollen. Die Sozialdemokratie will endlich die Heiligkeit der Familienbande zerstören. Sie verlacht und verspottet die eheliche Treue und will schamlose Lüderlichkeit an deren Stelle setzen. Sie will den Eltern die Kinder rauben und letztere in großen Findelhäusern und sozialistischen Brutanstalten „erziehen“. Das ist der sozialistische Zukunftsstaat, den unser Wahlkreis durch die Wahl des Herrn Geyer etwas näher bringen soll! Unser Wahlkreis wird sich vor der Schmach behüten, diesen verruchten Bestrebungen zu huldigen! Wir bedürfen gegen diesen Ansturm auf Alles, was uns Deutschen heilig und theuer ist, der ganzen Macht und Hoheit unseres Reiches, unserer Gesetze, der vereinten Abwehr aller reichstreuen Wähler am 20. Februar.“

Gut gebrüllt, Sparig! Nicht wahr? Denn daß Herr Bruno Sparig, dessen Name auch unter dem kuriosen Aktenstück steht, der Verüber dieser Kraftphrase ist, das springt für Jeden, der den Herrn kennt, sofort in die Augen. Der Stil ist der Sparig's.

Es giebt nur einen Menschen, dem diese Kraftphrasen noch nicht kräftig genug sind; darum hat er in seiner letzten Bierrede — Verzeihung: Wahlrede, die im „Tageblatt“ fein säuberlich gedruckt zu lesen ist, noch etwas Cayennepfeffer zu den Sparig'schen Kraftphrasen gethan, indem er die Schauermähr auftischte, Bebel habe ihm — dem Dr. Ferdinand (Debbchen-) Götz — im vertraulichen Gespräch einmal anvertraut, es müßten 100 000 Köpfe abgeschlagen werden, sonst werde es nicht gut. Wie viel „Debbchen“ der getrunken haben mag, als er diese Jagdgeschichte erzählte, und wie viel, als er sie in seinem Dunstschädel sich zurechtlegte?

Und mit solchen Feinden hat die deutsche Sozialdemokratie sich herum zu schlagen!

Ein französisches Blatt über die kaiserlichen Erlasse: Der „Temps“, das einflußreichste der Pariser Bourgeoisorgane — ohne bestimmte Parteirichtung, aber mit dem richtigen Bourgeoisinstinkt versehen, ähnlich wie sein Namensvetter, die Londoner „Times“ —, schreibt: Die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten zwei Reskripte an den Reichskanzler und an die Minister des Handels und der Industrie und öffentlichen Arbeiten geben dem aktuellen Wahlkampf auf dem andern Ufer des Rheins seinen wahren Charakter, besonders aber, wenn man der Nähe des großen Tages der Volkskonsultation vom 20. Februar Rechnung trägt. Dieselben bilden, wenigstens dem Anschein nach, nicht nur eine neue Etappe, sondern den Ausgangspunkt einer neuen Evolution der Sozialpolitik Deutschlands. Es ist wohl erlaubt, sich zu fragen, ob die auf den 20. Februar folgenden Tage nicht eine gewisse Abkühlung dieses schönen Eifers zeigen werden.

Bis jetzt haben sich die offiziellen und offiziösen Repräsentanten der Reichsregierung in dieser Beziehung strikt an die Ausdrücke der berühmten Botschaft gehalten, durch welche der damals schon mehr als 80jährige Wilhelm I. am 17. November 1881 diese organische Reform eingeleitet hatte. Man hatte nach dem Votum des riesigen Gesetzes oder vielmehr des Kodexes über die Unfalls- und Altersversicherung hören können, wie der Minister v. Bötticher ohne Umschweife erklärte, daß das kaiserliche Programm verwirklicht sei. Die Erlasse an die Herren von Maybach und von Berlepsch eröffnen ein neues Kapitel in dieser Geschichte.

Wilhelm II. spricht hier aus — die Sozialdemokraten haben es vor ihm gesagt — daß die verliehenen Reformen, so beträchtlich dieselben auch seien, nicht für genügend erachtet werden können. Er macht sich nicht mehr zu eigen das berühmte Wort — andere würden sagen das unglückselige Wort — welches ein großer englischer liberaler Minister nach der Votirung des Reformgesetzes von 1832 an die unruhigen Massen richtete: „Rest and be thankfeel.“ (Bleibt ruhig und seid dankbar.) Die sozialistische Partei könnte sogar eine sehr unmittelbare Ermuthigung für ihre Thätigkeit in der Thatsache finden daß die Regierung, um sie besser zu bekämpfen, ihr nach und nach viele ihrer Waffen entlehnt.

Thatsächlich hat man aber auch in Paris die Macht der sozialistischen Bewegung messen können, welche sich mit der Schnelle eines elektrischen Stromes verbreitet und die deutsche Arbeiterbevölkerung unbekannten Gestaden zutreibt. Der Wahlkampf ist noch nicht ganz entbrannt und schon springt es den voreingenommensten Personen in die Augen, daß der wesentliche, charakteristische Zug dieses Kampfes — welches übrigens auch die numerische Zusammensetzung des nächsten Reichstags sein mag — der stetige, unaufhörliche Fortschritt dieser Sozialdemokratie ist, deren wachsende Gefahr man durch ein kluges Gemisch von Reformen und dem Belagerungszustand zu beschwören glaubte.

Es ist unmöglich, daß man sich nicht in Deutschland die Frage stellt, ob das neue kaiserliche Manifest, das augenscheinlich von dem Wunsche inspirirt ist, der Hand voll Agitatoren, welche so entschlossen allen gouvernementalen und konservativen Mächten die Spitze bieten, den Rang abzulaufen, sein Ziel erreichen wird. Die Kohlengräber von Westfalen sind durchaus im Stande, sich Rechnung darüber geben zu können, daß ohne die Dazwischenkunft dieser „Räudigen, dieser Krätzigen“, gegen welche die Autorität alle ihr zu Gebote stehenden Mittel spielen läßt, der Erde der Hohenzollern sogar unter der ... Form von Wahlversprechungen ihnen ja so viel Butter auf das schwarze Brot gestrichen hätte, mit dem sie sich seit so lange ernähren. Als politisches Manöver betrachtet, bleibt also der Werth der kaiserlichen Erlasse zum mindesten zweifelhaft, um so mehr, da wie weiterhin entwickelt werden wird, es keines übernatürlichen Scharfblicks bedarf, um die wenn auch eigentlich nicht unübersteiglichen, aber doch fast nie dagewesenen Schwierigkeiten zu bemerken, welche der internationale Theil „der Pläne Wilhelm II. aufwirft.“

Zur Vorgeschichte der kaiserlichen Erlasse bringt die „Tägliche Rundschau“ „von bestunterrichteter Seite“ Mittheilungen, die wir unter Fortlassung von Unwesentlichem hierunter folgen lassen: „Als Fürst Bismarck kurz vor Schluß des Reichstages von Friedrichsruh hier eintraf, war ihm die Absicht des Kaisers, in einer Ansprache an das Volk sein Verhalten gegenüber der sozialistischen Bewegung klarzulegen, genau bekannt, und ebenso war der Monarch auf den Entschluß des Kanzlers, sein Amt als Handelsminister niederzulegen, durchaus vorbereitet. Des Kanzlers Vorhaben entsprang nicht dem Gefühl der Ermüdung und dem Verlangen nach Entlastung von einem gewichtigen Theil preußischer Geschäfte, sondern es drängte sich ihm nach den Grundzügen der beiden Erlasse die politische Nothwendigkeit auf, das Handelsministerium an einen besonderen Minister abzugeben. Der Kanzler bestand nun sofort darauf, daß in der Thronrede vom Sozialistengesetz nicht die Rede sein sollte, schon damit die Ansprachen des Kaisers durch voraufgegangene Erklärungen nicht eine Abschwächung erführen, und bevor hierüber eine Verständigung erfolgte, war die Schließung des Reichstages unmittelbar bevorstehend. Es ist richtig, daß nicht mehr die Zeit blieb, dem Kaiser ein gedrucktes Exemplar der Thronrede zu überreichen; er war genöthigt, die Schlußrede nach einer Abschrift des vereinbarten Textes zu verlesen. Zwei Tage nach dem Reichstagsschluß wurde nun an die Fassung der Erlasse herangegangen, und rühren einzelne Aenderungen des Kaiserlichen Entwurfs vom Kanzler her, der unter Vorwissen des Bundesraths wie des preußischen Staatsministeriums Zusätze und Abstriche vornahm, so war doch alles Wesentliche unverändert geblieben, so daß in jedem Betracht von Kaiserlichen Erlassen gesprochen werden muß. Vereinbart wurde das Wegbleiben jedweder Gegenzeichnung und die Veröffentlichung durch den „Staats- und Reichsanzeiger.“ Wie es nicht anders sein konnte, ging das Manuskript der Erlasse dem amtlichen [illegible] vom Fürsten Bismarck zu, der als Kanzler und [illegible] Ministerpräsident Herr des „Reichs- und Staatsanzeiger[illegible] Die kanzlerischen Aenderungen des kaiserlichen Textes [illegible] den weiteren Entschließungen der Krone die Fr[illegible] Entschließungen zu sichern. Von grundsätzlich[illegible] reden des ersten Ministers im Reiche und in Preußen [illegible] keiner Zeit auch nur das Geringste bekannt geworden, [illegible] weil an den Vorbesprechungen Fürst Bismarck nicht mehr [illegible] nahm. Hätte er dies Nebenamt behalten, so würde [illegible] Inhalt der Erlasse nicht haben zustimmen können, und [illegible] Kabinetsfrage zu stellen, waren die streitigen Punkte [illegible] Kanzler nicht durchschlagend genug. Die Idee, mit den [illegible] lassen zunächst den Staatsrath zu befassen, entsprang [illegible] Wunsche, die eigentlich amtlichen Erwägungen zeitweilig [illegible] tagt zu wissen. Die etwaigen Beschlüsse des Staatsrat[illegible] für keinen der offiziellen Faktoren verbindlich und es [illegible] also Zeit gewonnen, um endliche Entschließungen erst [illegible] brauchen, nachdem über Zweck und Ziel der Erlasse das [illegible] weithin sich geklärt hat. Der Kanzler erachtet die [illegible] Wirkung der Erlasse für so erheblich, daß der Ausspruch, [illegible] ideale Punkt, nicht der Umfang der thatsächlichen Ergeb[illegible] sei die Hauptsache, auf ihn zurückgeführt wird.“

Zu Mitgliedern des Staatsraths sind noch [illegible] „Reichsanzeiger“ ernannt: Fürst Pleß, Freiherr v. [illegible] Krupp, Geheimrath Hirzpeter, Freiherr v. Huene, [illegible] direktor Dr. Ritter auf Schloß Waldenburg, Jenke, [illegible] der Handelskammer zu Essen, Graf Douglas, [illegible] v. Heyden. Zum Staatssekretär des Staatsraths ist der [illegible] staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Bosse, zu [illegible] Stellvertreter der Geh. Legationsrath Dr. Kayser aus [illegible] auswärtigen Amt ernannt worden. Nach den letzten [illegible] nennungen will also Fürst Bismarck die Geschäftsführung [illegible] Oberleitung unterstellen. Außer Herrn Hirzpeter vertreten [illegible] übrigen Herren, welche berufen werden, fast sämmtlich [illegible] besondere Interesse der Großindustriellen.

Auch über den Gesetzentwurf, betreffend die Gewerbegerichte und Einigungsämter, soll noch der Staatsrath [illegible] werden, bevor die preußische Stimme im Bundesrath für [illegible] Gesetzentwurf abgegeben wird.

Die Seeschlange der Lindenauer Versammlung gehört auch zu den Würmern, die nicht sterben können. [illegible] ist unsterblich, wie der „ausgestopfte Arbeiter“, der [illegible] Sozialdemokratie pfeift und für die Segnungen des [illegible] Reichs und die Seligkeit des Polizeihimmels schwärmt. [illegible] sozialdemokratischen Wölfe haben eine Versammlung [illegible] men reichstreuen Lämmer gesprengt, dem armen „Debbchen-Götz“, der nie ein Wässerchen getrübt und nie ein [illegible] über den Durst getrunken, eine wohlvorbereitete Bierrede [illegible] brochen — ein Sozialdemokrat der beim Unterbrechen am [illegible] testen war, hatte ein „todtes Kind“ zu Hause liegen, das [illegible] anderen Tage begraben werden sollte, illustrirte [illegible] Drastischste die „Gefühlsohheit“ der Sozialdemokraten [illegible] ihren diabolischen Haß gegen die „Familie“, und ein [illegible] Sozialdemokrat lachte sogar, als Debbchen-Götz [illegible] „lieben Herrgott“ gegen die gottlose Sozialdemokratie [illegible] ins Feld führte. Ob nun letzterer Uebeltäter [illegible] gestopft“ war oder nicht, konnte noch nicht [illegible] werden. Thatsache ist, daß, als Debbchen-Götz sich als [illegible] redner zu produziren begann, aus jener Gruselei-Versammlung [illegible] so etwas wie Gelächter ertönte. Was aber den [illegible] dem „todten Kind“ betrifft, so haben sorgfältige Nachforschungen [illegible] gen ergeben, daß er allerdings argen Skandal machte, [illegible] nicht sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen huldigt, [illegible] ein guter Ordnungsmann ist, dem der Leipziger „Wähler“ [illegible] den Kopf sagt, daß er von der Partei der Biedermänner [illegible] und Sparig Geld erhalten habe, um Radau zu machen. [illegible] Sozialdemokraten, welche ein Zehntel der Versammlung [illegible] deten, haben eine musterhafte Ruhe beobachtet. Und [illegible] Skandal war, ist er von den Herren Ordnungsparteilern [illegible] vozirt und veranstaltet worden. Was natürlich die [illegible] blätter nicht hindern wird, das Schauermärchen von den [illegible] thaten der Sozialdemokraten in der Lindenauer Versammlung [illegible] weiter und weiter zu verbreiten. Das ist ja die Nahrung, [illegible] der dieses Völkchen lebt.

Das Versammlungsrecht und die Wahlfreiheit in Sachsen. Im 17. sächsischen Wahlkreis — Glauchau [illegible] — sind bekanntlich alle Versammlungen, für welche [illegible] als Referent angemeldet wurde, von den Behörden [illegible] worden. Schon am 26. Januar ging die Beschwerde [illegible] dieses Eingriffes in die Wahlfreiheit und das Versammlungsrecht an die zuständige Instanz: die Kreishauptmannschaft Zwickau. Wohlan. Trotz der Dringlichkeit des Gegenstandes und trotz wiederholten Drängens zur Eile hatte die [illegible] Kreishauptmannschaft Zwickau bis zum 10. d. M. [illegible] noch keine Entschließung getroffen — ein Beweis, [illegible] Herren der Kreishauptmannschaft sehr viel Zeit haben und [illegible] der Meinung sind, daß der 20. Februar, an dem die Wahl [illegible] erst im nächsten Jahr oder Jahrhundert ist. Unter [illegible] Umständen haben die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten [illegible] nachstehende Interpellation eingebracht, welche noch [illegible]

Brücken und die mit Bäumen bepflanzten Ufer erinnerten an das Land.

Für Jane schwand plötzlich der Himmel, das Wasser, Sonne und Bäume; ein Halbdunkel umgab sie.

Einer der Beamten, der sie verhaftet hatte, ging voraus, um ihr den Weg zu zeigen. Sie stiegen eine große Treppe hinab, passirten zwei Pforten und kamen in einen Kreuzgang, dessen Säulengang sich auf einen schmutzigen und finsteren Hof öffnete; an der linken Seite des Ganges befanden sich schwere, mit Eisen beschlagene Eichenthüren, deren eine, ein schmutziger, in grobes Wollentuch gekleideter Schließer, der auf seiner Mütze von Fuchspelz eine riesige Kokarde trug, öffnete.

— Steigen Sie hinab, Bürgerin, es sind drei Stufen.

Sie befand sich in einem kleinen, durch ein vergittertes Fenster erhellten Raum, welches Aussicht nach einem anderen Hofe bot. In diesem „Zimmer“ stand ein elendes Bett, auf welchem eine grobe Wollendecke lag, wie man sie in Hospitälern und Kasernen findet, ein Holztisch, eine Lade und zwei Rohrstühle.

Bevor sich Jane an das ihr ungewohnte Halbdunkel gewöhnt hatte, schloß sich die Thüre hinter ihr, sie hörte das Knarren vorgeschobener Riegel und befand sich allein.

Da verließ sie ihr bisher aufrecht erhaltener Muth. Sie fiel vor dem Bette auf die Kniee, erfaßte krampfhaft die Decke und ein Thränenstrom ergoß sich aus ihren schönen Augen. In einer Minute zog ihr ganzes Leben vorüber, ihre Jugend, die Orte, wo sie gelebt hatte, alle Menschen, die sie gekannt und geliebt hatte. Ihr eigenes Bild erschien ihr in fünf bis sechs verschiedenen Gestalten. Sie sah den Garten vor sich, in dem sie als Kind gespielt hatte, das Kloster, in welchem sie erzogen war und das sie verlassen hatte, um sich zu verheirathen, dann den Salon, wo ihr Mann die Beamten des dritten Standes empfing, das Palais Royal, wo die Morgenröthe der Revolution aufgestiegen war, dann das kleine Haus, auf dessen Schwelle Henri sie erwartete und endlich einen anderen Salon, in welchem eine junge, begeisterte Frau geniale Redner um sich versammelte, die von Vaterland und Freiheit sprachen.

Diese Visionen jagten sich mit der Schnelligkeit des Gedankens, um einem schrecklichen, finsteren und unheimlichen Bilde Platz zu machen — dem Gefängniß. In der Geschichte des Schreckens nimmt die Conciergerie einen breiten Platz ein.

Sie war das älteste Gefängniß von Paris.

Unter den Römern eine Festung, unter den Franken ein Palast, hatte sich das alte Gebäude immer über Gefängnissen erhoben. Seine massiven Säulen, die Gewölbe, die Kreuzbogen, die Skulpturen der Gesimse und Kapitäler erinnerten an vergangene königliche Macht, ebenso wie die Keller und unterirdischen Gewölbe der Thürme die Spuren der an den Unglücklichen verübten Grausamkeiten aufwiesen.

Wenn sich die Armen der Städte und des Landes der Tyrannei der großen Herren entziehen wollten, so warf man sie dahin auf verfaultes Stroh, bis sie Hunger und Krankheiten wieder zur Vernunft gebracht hatten. Später kündigte auch die Glocke des Gefängnisses den Tod mancher Prinzen und großen Herren an. Ludwig XI. und Richelieu sahen nicht auf Rang und Stellung der Feinde der königlichen Gewalt, wenn es sich darum handelte, diese Feinde zu bestrafen. Man brachte auch die Mörder in die Conciergerie, um sie dort zu foltern. Kein Ort schloß so viele Schmerzen, so viel Elend, so viel Korruption und Verbrechen ein, nirgends hatte man so viele Klagen, Schreie, Drohungen und Verwünschungen gehört.

Seit einem Jahre lösten sich hier beständig 600 Gefangene ab, ohne daß auch nur einen Tag eine Zelle leer geblieben wäre.

Anfänglich hatte man die politischen und kriminellen Gefangenen untereinander geworfen, Greise und junge Leute, Männer und Frauen.

Dann hatte man die Gefangenen in verschiedene Klassen getheilt.

Die erste Klasse bestand aus den „Pistoliers“ die sich das Recht erkauft hatten, eine Zelle für sich mit einem Bett zu benützen.

Die zweiten waren die „Pailleux“, die Strohmänner, die auf Stroh lagen und dabei riskirten, von den Ratten aufgefressen zu werden.

Die dritte Klasse bildeten „die Geheimen“ deren Aufenthalt eine unterirdische Zelle unter dem Wasserspiegel der Seine war.

Alle hatten Wächter über sich, die, weil sie viel [illegible] duldet hatten, nun diese Gefangenen als ihre natürlichen Feinde ansahen, denen sie keine Erleichterung ihrer Leiden zugestanden. Als Genossen dienten diesen Wächtern Hunderte, deren Geheul während der Nacht die Höfe und Gänge [illegible] füllte.

Das eigenthümlichste Gepräge drückte dem Gefängnisse während dieser Periode der Mangel an Lebensmitteln auf.

Hatten schon diejenigen, welche frei in Paris lebten, Mühe, sich ihren Unterhalt zu beschaffen, warum sollte die Nation ihren gefangenen Feinden gegenüber so freigebig zeigen!

Sie gab ihnen genau so viel, daß sie nicht dem Hungertode erlagen.

Infolge dessen arrangirten die Kerkermeister einen Mittagstisch zum Preise von 2 Livres die Person, mit der Bestimmung, daß die Aristokraten für die Bürgerlichen und die Reichen für die Armen bezahlen mußten.

Oftmals schätzten die Herren des Adels und der Finanz wechselseitig ihr Vermögen nach der Zahl ihrer Pferde, Hunde und Lakaien ab. Jetzt geschah diese Abschätzung vermittelst der Anzahl ihrer Mitgefangenen, welche sie ernähren mußten!

Uebrigens saßen die Einen wie die Andern an einer gemeinschaftlichen Tafel.

Das Revolutionstribunal urtheilte ohne Berufung, sprach frei, oder verurtheilte in einigen Stunden.

Nur die Kranken verließen das Gefängniß nicht; [illegible] nahm das Hospital der Conciergerie in Empfang. [illegible] sammengedrückt lagen dort immer zwei Kranke auf einer Matratze, oft fünf bis sechs Tage auf ein Heilmittel warten. Man gab Beiden einen gemeinschaftlichen Trank, der in dem Hospitale mit dem Namen „Ein Sattel für [illegible] Pferde“ getauft war.

(Fortsetzung folgt.)

des Landtags zur Besprechung kommen wird: Interpellation. In Glauchau und Meerane — am 25. Januar, Meerane am 30 Januar d. J. — Wählerversammlungen, für die der Abg. Liebknecht als anwesend angemeldet war, auf Grund von § 9 des Sozialistengesetzes von den Stadträthen von Glauchau und Meerane verboten worden, weil Liebknecht eine Person sei, von welcher eine Fortsetzung der Umsturzbestrebungen im Sinne des Sozialistengesetzes zu erwartet werden müsse. Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat, obgleich unmittelbar nach Erlaß der Verbote Beschwerde erhoben wurde, bis heute keinen Entscheid getroffen, da gegen die meisten sozialistischen Referenten dieselbe Beschwerde gemacht werden kann, wie gegen Liebknecht — so hat der 17. sächsischen Reichstagswahlkreis das Versammlungsverbot thatsächlich aufgehoben und die Freiheit der Wahl verkürzt. Die Zeit vor der Wahl ist so kurz bemessen, daß wir das Resultat der Erwägungen der Kreishauptmannschaft nicht länger warten können und uns verpflichtet fühlen, die Sache im Landtage zur Sprache zu bringen. Wir fragen die Königliche Staatsregierung, welche Stellung sie zu jenen Verfügungen einnimmt und ob sie geneigt ist, sofort Schritte zu thun, um die durch jene Verbote herbeigeführte Beschränkung des Versammlungsrechtes und der Wahlfreiheit aufzuheben. Dresden, 11. Februar 1890 Bebel. Coldtz. Geyer. Kaden. Liebknecht. Otto. Stolle (Gesau). Stolle (Meerane).“

Großbritannien.

Das englische Parlament ist am Dienstag mit der Thronrede eröffnet worden, welche die auswärtigen Beziehungen Englands als freundschaftliche darstellt. Ferner weist sie auf den englisch-portugiesischen Konflikt hin, der einer friedlichen Lösung harrt. Die Thronrede erwähnt sodann den Abschluß des Handelsabkommens zwischen England und Frankreich sowie des provisorischen Abkommens zur Regelung der fiskalischer Fragen mit Bulgarien und kündigt die Ratifikation der Samoa-Konvention und des Auslieferungsvertrages mit den Vereinigten Staaten an. Ferner wird auf die Besserung der Verhältnisse in Irland und auf die Abnahme der agrarischen Verbrechen hingewiesen. Die Adresse auf die Thronrede wurde nach kurzer Berathung vom Oberhause angenommen. Im Verlaufe der Berathung erklärte Lord Salisbury, Portugal sei bereits vor Jahren gewarnt worden, daß England keine Ansprüche auf das Schutzgebiet oder englische Niederlassungen anerkennen. Die Ratifikation der Zucker-Prämien-Konvention sei bis 1891 erforderlich und hänge von der Haltung der Kontrahenten ab. Die Aussichten hierfür seien aber nicht ungünstig im vorigen Jahre. — Im Laufe der Adreßdebatte erklärte Lord Salisbury weiter, es sei unmöglich gewesen, die Ansprüche Portugals am Saire und Nyasa-See anzuerkennen, die unter dem Schutze stünden oder die von England abhängen seien. Die Regierung wünsche keine Überstürzung, aber da Portugal den Major Serpa Pinto mit bewaffneter Streitmacht gesandt, die die Flagge gewaltsam niedergerissen habe, sei es unmöglich gewesen, den Afrikanern den Glauben zu nehmen, England unfähig sei, seinen Schützlingen Schutz zu gewähren. — Die Mission Sammonds beim Papste sei nicht politisch, da sie die Insel Malta betreffe, woselbst England bestrebt sei, die katholische Religion aufrecht zu halten. Schließlich erklärte Lord Salisbury, er wisse nicht, ob Flottenmanöver bei Gibraltar beabsichtigt seien. Zum Schlusse kam der Premiermiister nochmals auf die Zucker-Konvention zurück und sagte mit, Frankreich habe sich jetzt bestimmter über die Konvention ausgesprochen; die amerikanische Regierung sei jetzt entgegenkommender gesinnt; da Brasilien die Ansicht Englands theile, könne er eine baldige Vorlage der Bill nicht versprechen. Hierauf wurde die Adresse angenommen.

London, 11. Februar. Unterhaus. Harcourt hat einen Antrag eingebracht, die Publizirung des bekannten Briefes Parnells durch die „Times“ für Verleumdung der Gerichten und Verletzung der Privilegien des Hauses zu erklären. — Gorst bekämpfte den Antrag Namens der Regierung und den Gegenantrag, das Haus lehne es ab, die Publikation des Briefes für eine Verletzung der Privilegien zu erklären. Der Antrag Harcourts wurde mit 260 gegen 152 Stimmen abgelehnt, der Gegentrag Gorst angenommen.

London, 11. Februar. Der Streik der Dockarbeiter ist beendet, die Forderungen derselben sind bewilligt worden.

Frankreich.

Paris, 11. Februar. Deputirtenkammer. Der Gesetzentwurf betreffend die Führungsbücher der Arbeiter wurde angenommen. Am nächsten Donnerstag kommt die Wahl von St. Die, wo Vicot, der Kandidat der Konservativen, gegen Jules Ferry gewählt worden war, zur Berathung.

Senat. Bei der Berathung der Gesetzvorlagen, durch welche durch Dekrete eröffneten Kredite geregelt werden sollen, machten Halgan und Buffet der Regierung den Vorwurf, Ueberschüsse aufzuweisen und das Land zu belasten. Nach den Entgegnungen des Finanzreferenten, des Ministerpräsidenten und des Finanzministers wurden die Vorlagen angenommen.

Paris, 11. Februar. Gutem Vernehmen nach hat sich der Herzog heute mit der morgen stattfindenden Verhandlung des Herzog von Orleans und dessen wahrscheinlicher Verurtheilung beschäftigt. Wie es heißt, würde der Herzog zur Strafe in die Strafanstalt einer Provinz gebracht und als politischer Gefangener behandelt werden.

Der Herzog von Orleans empfing gestern im Gefängniß den Vorsitzenden der Advokatenkammer, Cresson, der ihm wegen der Vertheidigung Rücksprache nahm, Herrn Christ, den Herzog August von Sachsen-Koburg und den Herzog von Luynes; die Herzogin von Chartres und Prinzessin Margarethe, welche dem Prinzen Glückwünsche brachten, und endlich den Abg. Piou. Wie verlautet, ist genügend für Unterhaltung gesorgt. Der Orleans bat den Herzog von Luynes gebeten, der monarchistischen Partei seinen Dank für ihre sympathische Haltung ihm gegenüber auszusprechen. Die republikanischen Blätter weisen auf die Mahlzeiten hin, die der Gefangene verzehrt, und meinen, dieselben würden jedenfalls das Märtyrerthum seiner Gesundheit schwer beeinträchtigen. Die „France“ bringt in Erinnerung, daß die Bourbonen und Orleans stets gute Esser gewesen. Ludwig XIV. aß oft vier Teller verschiedene Suppen, einen Fasan, ein Rebhuhnsalat, eine Menge Schinken und Kalbsbraten und Nachtisch bei einer Mahlzeit. Der „Prinz“ besaß 1450 Kutscher und ein entsprechendes Personal. Sein Oberkoch kostete dem Staate jährlich 30 000 Fr. Er hatte einen besonderen Fischkasten und einen eigenen Bäcker. Das Unglück schwächte nicht einmal die Verdauungsfähigkeit Ludwigs XVI. Während man in der Nationalversammlung über sein Schicksal berieth, und der Aufstand vor dem Tuilerienpalaste tobte, verzehrte der König neben dem Speisesaale drei Hühner! Im Gefängniß litt der Unglückliche, wie es in verlogenen Geschichtsbüchern heißt, die Entbehrung, sondern er lebte eben so gut, wie jetzt der Herzog von Orleans, und die Pariser Kommune hatte für seine Verpflegung 180 000 Fr. bezahlen müssen. Der König hatte 12 Tafeldiener zu seiner Verfügung, die er auch vollauf zu thun hatte, da er fast den ganzen Tag bei Tisch verbrachte. Ludwig XVIII. verzehrte zum Mittagessen 18 Koteleten. Ludwig Philipp hatte einen gewaltigen Appetit. Bei jedem Tische erschienen fünf Suppenschüsseln, er nahm davon und mischte sie in seinem Teller zusammen.

Portugal.

In Lissabon ist es am Dienstag zu republikanischen Unruhen gekommen. Es liegen hierüber vor: 1) die Meldungen des offiziösen „W. T. B.“ vor, die natürlich einseitig und gefärbt sind. Aber selbst aus diesen Nachrichten geht unzweifelhaft hervor, daß die Stellung der portugiesischen Monarchie tief erschüttert ist, und daß der Anstoß, der sie zum Sturze bringt, nicht groß zu sein braucht. Folgende Depeschen liegen bis jetzt vor:

Lissabon, 11. Februar. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht unbedeutende Erlasse, wodurch die Regierung ermächtigt wird, zur Vervollständigung der Befestigungswerke des Landes, Armirungsgeräth und Kanonen anzuschaffen, ferner vier Kreuzer, vier Kanonenboote und Torpedoboote anzukaufen. Weiter soll die Armee sowie die Munizipalgarde von Lissabon und Oporto reorganisirt werden. Zur Deckung der Kosten werden Obligationen ausgegeben, außerdem sollen Spezialfonds zu Landesvertheidigungszwecken geschaffen werden.

Lissabon, 11. Februar. In einer heutigen Bekanntmachung untersagt der Zivilgouverneur von Lissabon im Interesse der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung eine heute im Kolosseum zusammenberufene Versammlung, sowie Kundgebungen in den Straßen.

Lissabon, 11. Februar, Abends. Eine große Menschenmenge hatte sich gegen Abend auf dem Don Pedro-Platze versammelt, wo drei Republikaner versuchten, die Menge zu haranguiren; die Polizei forderte zum Auseinandergehen auf und nahm, da sie Widerstand fand, vor der Oper 28 Verhaftungen vor; unter den Verhafteten befanden sich auch zwei der Redner. Es sind umfassende Maßregeln getroffen worden, sämmtliche Truppen sind konsignirt.

Lissabon, 11. Februar, Nachts. Polizei und Truppen halten die Hauptstraßen und Plätze besetzt, wo sich eine zahlreiche Menschenmenge bewegt. Vielfach ertönt der Ruf: „Es lebe die Armee, nieder mit der Munizipalgarde!“ Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Einige Zeitungen, welche aufreizende Artikel enthielten, sind beschlagnahmt worden. Oeffentliche Kundgebungen sind auch in Oporto und Coimbra untersagt. — Es heißt, die politischen Verbrecher sollten an Bord eines Kriegsschiffes gebracht werden, ebenso sollen strenge Maßregeln gegen die Presse ergriffen und einige Zeitungen verboten werden. Der Ministerrath ist versammelt und empfing die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, welche über die Situation Bericht erstatteten. Die Stadt beginnt ihre gewöhnliche Physiognomie wieder anzunehmen.

Balkanländer.

Sofia, 11. Februar. Sogleich Panitza und drei Offiziere den Zivilbehörden überliefert werden, so kommen sie dennoch auch vor ein in etwa 14 Tagen zusammentretendes Kriegsgericht. Da es sich um Hochverrath handelt, so sind den Angeklagten die Epaulettes abgenommen worden; die äußerste Strenge des Gesetzes, so heißt es, werde zur Anwendung kommen.

Amerika.

New-York, 11. Februar. Nach einer Meldung aus Lima hat das peruanische Ministerium seine Entlassung gegeben, weil einige Minister um die Präsidentschaft der Republik kandidiren. Der Präsident sei im Begriff ein neues Kabinet zu bilden.

Afrika.

Massaua, 11. Februar. Das Kriegsgericht hat Hamed Kantibai vom Stamme Habab und Moussa el Hakad zum Tode und Talialitad, welchem mildernde Umstände zugebilligt wurden, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. — So treiben die Italiener Zivilisation.

Wahlbewegung.

Im zweiten Wahlkreise sprach am Dienstag in der Viktoria-Brauerei wieder der freisinnige Kandidat, Professor Virchow. Ein Besucher der Versammlung schreibt uns: „Die quälende tödtliche Langeweile des Vortrages ließ einmal die Pein der Höllenstrafe ahnen. Ich hatte von dieser bisher keinen Begriff, habe ihn aber durch den Vortrag des Herrn Professors bekommen.“

Da mehren sich ja die Berührungspunkte Virchow's mit der Theologie.

Zu höchst stürmischen Szenen kam es wieder in der „großen aquatorischen Wonderversammlung“ des deutschfreisinnigen Arbeitervereins, welche derselbe behufs Unterstützung der Kandidatur des Herrn Dr. Pachnicke im 6. Wahlkreise im Cothmann'schen Saale am 11. d. Mts. abhielt. Daß die Versammlung eine „große“ war, hatte sie lediglich dem Umstande zu danken, daß die gute Hälfte der Anwesenden Sozialdemokraten waren; nicht die Herren auf die freisinnigen „Arbeiter“ allein angewiesen gewesen, so wäre es ein Trauerspiel gewesen, während so doch ein Schwank, eine Wahlkomödie zu Stande kam. Als Referent war der Charlottenburger freisinnige Zeitungsbesitzer Herr Georg Isaak erschienen, welche seine Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der deutschfreisinnigen „Arbeiter“ löste, wie wenigstens aus dem wüthenden Beifalle zu entnehmen ist, mit welchem die geistreich sein sollenden Schlorrendorfer Witze aufgenommen wurden. Daß nach den maßlosen Angriffen den anwesenden Sozialdemokraten die Galle schließlich überlief, darf füglich nicht Wunder nehmen. Das Thema, über welches Herr Isaak aus Charlottenburg referirte, lautete: „Wen wählen wir?“ (Trotz dessen wurde später in Abrede gestellt, daß die Versammlung eine „Wählerversammlung“ und der deutschfreisinnige Arbeiterverein ein „politischer“ Verein sei!) Im Verlaufe seines Vortrages äußerte sich Herr Isaak aus Charlottenburg: Wir wissen sehr wohl, daß wir uns hier in einem Wahlkreise befinden, der uns nicht gehört. (Zustimmung.) Dennoch haben wir nicht lediglich einen Zählkandidaten hier aufgestellt, wir glauben vielmehr, daß sich unsere Stimmenzahl ganz bedeutend vermehren wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Alle dem unsrigen gegenüberstehenden Kandidaten verfolgen Interessenpolitik. (Lautes Oho! bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, meine Herren! Die Konservativen leugnen es auch gar nicht, wohl aber die sozialdemokratische Partei leugnet es und thut es doch. (Widerspruch.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie, weil sie Interessenpolitik treibt (Hört, hört!) weil sie nur das Interesse einer einzigen Gesellschaftsklasse, der Arbeiter, vertritt, d. h. der Arbeiter nach ihrem Sinne. Ein Volksvertreter aber hat das gesammte Volksinteresse zu vertreten. (Bravo bei den Freisinnigen.) Auf dem Lande, wo der Herr Landrath der alleinige Machthaber ist, wo keine Lokale zu Versammlungen zu bekommen sind, wird von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) ein gleicher Druck ausgeübt, wie von jener Seite. Sie sprengen jede anständige Versammlung (Lärm. Beifall und Widerspruch. Ruf: Wir werden uns nachher sprechen. Mit Ihnen werde ich bald fertig werden.) (Beifall und Lachen bei den Freisinnigen.) Sie verhängen den großen Belagerungszustand über die Versammlungen. (Heftiger Beifall bei den Freisinnigen. Ruf: Jesinnig!) Wir hoffen aber dennoch, daß wir siegen, wenn auch nicht im 6. Wahlkreise, so doch im 1. und 2., im ganzen Lande. (Wüthender Beifall bei den Freisinnigen.) Sie bekämpfen uns nur, weil Sie uns fürchten. (Lachen.) Sie mit Ihrem Benehmen in den Wahlversammlungen sind nur die Wahlmacher der Konservativen. (Ruf: Ausschlaggebend.) Wir wollen eine gegenseitige Aussprache, Ihnen Ihr langes Sündenregister vorhalten. (Bravo bei den Freisinnigen.) Neun Zehntel der sogenannten Sozialdemokraten haben gar keine Ahnung von dem Sozialismus, wie er von Ihren Führern gepredigt wird. (Lärmende Unterbrechung.) Der eigentliche Sozialismus ist nicht in die Masse gedrungen, nur die radikalen Forderungen, welche jeder ehrliche Demokrat unterschreibt. (Zustimmung b. d. Freis.). Das engere Sozialistenprogramm kann nur im Himmel, wo lauter Engel sind, verwirklicht werden. (Beifall und Gelächter.) Im ersten Wahlgange werden wir nie einem Sozialdemokraten unsere Stimme geben, weil er nur eine Gesellschaftsklasse vertritt, deshalb stimmen wir hier für Dr Pachnicke. (Rasender Beif. b. d. Freis.) Nach Ablauf einer Pause, in welcher 3 oder 4 neue Mitglieder, natürlich „Arbeiter“, aufgenommen wurden, beginnt die Diskussion. Herr Lehmann: Wer treibt wohl größere Interessenpolitik als die Deutschfreisinnigen? Sie sind lediglich Vertreter des Geldsackes. (Große Unterbrechung. Lärm und Gelächter) Wenn die ganze Partei würde rechts schwenken, wäre uns dies sehr angenehm, dann wären wenigstens nicht so viele Heuchler im Parlamente. (Lachen. Ruf: Umgekehrt.) Sie schützen nur Ihren Geldsack, sonst brauchten wir das viele Militär nicht (Ruf: Au! Au! Lachen. Zustimmung). Freiheit kennen Sie überhaupt nicht, Sie fühlen sich nur wohl in Ihrem Philisterthum! (Beifall. Lachen. Unsinn!) Ihre Opposition ist nur Schein; wahre Opposition machen wir nur allein. (Beifall. Lachen. Lärm.) Im 6. Wahlkreise wird sich Ihre Stimmenzahl nicht um ein Jota vermehren. (Beifall. Lauter Widerspruch) — Von den Sozialdemokraten erbittet Jemand das Wort zu Geschäftsordnung. Vorsitzender Herr Weidemann: Von Ihnen hat Niemand zur Geschäftsordnung zu sprechen. Die besorgen wir. Ihnen ist nur gestattet, zur Debatte das Wort zur nehmen. — Es wird in der Diskussion fortgefahren. Herr Krüger: Was wären die Arbeiter ohne die deutschfreisinnige bezw. frühere Fortschrittspartei? Ihr haben sie das Freizügigkeitsgesetz, das Koalitionsrecht zu verdanken. Sie hält den Grundsatz hoch: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. (Lachen.) Sie halten nur diejenigen für Arbeiter, welche werkthätig schaffen. Jeder Geschäftsmann ist auch Arbeiter und muß mit dem Kopfe mehr arbeiten, als Sie mit den Händen. (Heftiger Beifall und Widerspruch.) Die Sozialdemokraten sollen vorerst mit den Freisinnigen gehen. Haben wir erst die Majorität, dann können wir uns auseinandersetzen. (Lachen und Beifall.) Herr Zachau: Bei der freisinnigen Partei ist es heute zur Mante geworden, den Arbeiter nicht seines Lohnes für werth zu erachten. (Rufe: Sehr richtig! Nicht wahr.) Es wird eine Zeit kommen, wo wir mit den Freisinnigen ins Gericht gehen werden, daß wenig von ihnen übrig bleiben wird. (Große Unterbrechung. Lachen. Lärm.) Ihre schönen Worte sind nicht maßgebend, wohl aber Ihre Thaten. Sie sind lediglich eine Bourgeoispartei! Mögen die Freisinnigen ihren Dr. Pachnicke wählen, die Sozialdemokraten wählen ihren Wilhelm Liebknecht! (Lautes Gelächter und lebhafte Zustimmung.) Herr Thias: Abkommandirungen haben bei den Freisinnigen nie stattgefunden. (Ruf: Doch!) Es paßt diese Fabel nur in den Kram der Sozialdemokraten, deshalb wird sie immer wieder aufgetischt. (Großer Lärm. Beifall. Zwischenrufe.) Abkommandirungen haben nur einmal stattgefunden und zwar bei den Sozialdemokraten gelegentlich der Abstimmung über die Dampfersubvention. (Wüthender Beifall und Lachen.) Wir werden diesmal mehr Stimmen gewinnen wie Sie (zu den Sozialdemokraten). Keiner Ihrer Führer ist im Stande, Herrn Dr. Pachnicke das Wasser zu reichen. (Betäubender Lärm.) Er hat das Wesen des Sozialismus mehr durchschaut, als Sie, als Ihre Führer. (Furchtbarer Lärm) Hätten Sie das Wesen des Sozialismus richtig erkannt, die wenigsten von Ihnen wären Sozialdemokraten, wählen Sie Dr. Pachnicke! (Rufe: Liebknecht! Großer Lärm.) Herr Frigge: Prüfen Sie jeden Kandidaten genau, ehe Sie ihn wählen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß sich die meisten als Spiegelberger erwiesen haben. Vor der Wahl alles versprochen und nach der Wahl nichts gehalten. Hat die Fortschrittspartei der Erhöhung der Steuern und Zölle Einhalt geboten? (Rufe: Ja. Nein!) Sie war wankelmüthig, hat nicht fest auf ihrem Programm gestanden! Die Fortschrittspartei steht auf dem Aussterbeetat. (Bravo! Lachen.) Ein Konservativer ist mir bedeutend lieber, als ein Fortschrittsmann. (?? Red.) Jenen kenne ich als meinen Gegner, dieser liebäugelt nach allen Richtungen hin. Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie. (Tosender Beifall und Widerspruch.) Herr Isaac: Sie können nur Zwischenrufe machen, weiter nichts! (Rufe: Oho! Sehr richtig!) Mit Ihrer Gesammtorganisation der Arbeit, mit der Verstaatlichung von Handel und Gewerbe vermögen Sie keinen Hund vom Ofen zu locken. (Stürmischer Beifall bei den Freisinnigen.) Wenn Sie glauben, daß Sie allein im Stande sind, die Menschheit glücklich zu machen, so sind Sie auf dem Holzwege. (Wüthendes Händeklatschen und Bravorufen bei den Freisinnigen.) Und wenn Sie glauben, uns überzeugen zu können, so sind Sie zum zweiten Male auf dem Holzwege. (Frenetischer Beifall bei den Freisinnigen.) Wenn Sie, wie ich hoffen will, daß es so kommt, 25 Abgeordnete im Parlamente werden sitzen haben, dann werden Sie endlich einmal gezwungen werden, Ihr Programm darzulegen, was Sie bisher noch nie gethan haben. (Ruf: Immer!) Wenn dann die große Menge Ihrer jetzigen Gefolgschaft sehen wird, daß sie durch Ihren Zukunftsstaat nur unterjocht werden soll, dann wird sie sich schönstens vor Ihnen bedanken. (Beifall und Widerspruch; Lärm.) Es nehmen zwei alte Herren, 71 und 67 Jahre alt, die „auch Arbeiter“ sind und „ihre Familie ernähren müssen“, das Wort. Der Erste macht für die freisinnige Partei Propaganda und räth den „jungen Leuten“ (Sozialdemokraten), erst noch einige Jahre in die Schule zu gehen! Der Zweite kommt bezüglich der Kandidaten zu dem Schlusse: „Wählen Sie, wen Sie wollen; sie taugen Alle nichts!“ (Große Heiterkeit.) Herr Isaak: Lassen Sie uns eine Parallele ziehen zwischen der früheren Fortschrittspartei und der sozialdemokratischen. Johann Jakoby hat es gewagt, dem Könige die Wahrheit ins Gesicht zu sagen, während Ihr Schröder vor dem Kaiser geheuchelt hat. (Ruf: Lüge.) Herr Jakob: Glauben Sie, auf friedlichem Wege Ihre Umgestaltungen vollbringen zu können? (Rufe: Jawohl.) Nur auf dem Wege der blutigen Revolution. (Rufe: Huuuh!) Ihrer Gehässigkeit verdanken Sie es, daß wir es verabscheuen, Ihrer Fahne zu folgen. (Großes Hallob bei den Freisinnigen.) Wenn die Massen erkennen werden, daß Sie Mumpitz mit ihnen getrieben, daß Sie ihnen Versprechungen gemacht, die Sie nicht erfüllen können, dann werden sie von Ihnen abfallen. — Die hochgradige Erregung der Versammlung artet in einen furchtbaren Tumult aus, als Herr Krüger den freisinnigen Anstand auf die Spitze treibt und die anwesenden Sozialdemokraten Lumpen heißt. Nur mit Mühe ist es möglich, die Diskussion in lärmendster Weise fortzuführen. Ein gestellter Schlußantrag wird unter Protest abgelehnt. Es sprachen noch die Herren Lohmann, Frigge u. A., soweit dies bei den permanenten Unterbrechungen überhaupt möglich ist. In seinem Schlußworte ruft Herr Isaak: Wir werden Ihnen Opposition machen, so lange wir noch Arme und Lunge rühren können! Wir bestreiten zwar nicht, daß Liebknecht durchkommen wird, aber wir werden Ihnen beweisen, daß wir im 6. Wahlkreise einen Stimmenzuwachs von mindestens 50 pCt. haben werden! Lachen Sie am 21. Februar, soviel Sie wollen, wir werden bereits am 20. Februar Abends lachen! Gehe Jeder in den Wahlkampf mit der Zuversicht: Die freisinnige Partei wird siegen. (Unbeschreiblicher Jubel bei den Freisinnigen, brausende Hochrufe auf Liebknecht und die internationale Sozialdemokratie bei den Sozialisten.) Mitten hinein in die sich auflösende Versammlung schreit Herr Isaak mit dem Aufgebote seiner ganzen Lungenkraft: „Alles Schreien hilft Ihnen nichts, wir siegen doch! — — —!

In Calau-Luckau ist von den Sozialdemokraten der Stadtverordnete Zudeil aus Berlin aufgestellt worden.

Theater.

Donnerstag, den 13. Februar.

Opernhaus. Die Walküre.
Schauspielhaus. Das Stiftungsfest.
Lessing-Theater. Das Bild des Signorelli.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Berliner Theater. Der Veilchenfresser.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Die spanische Wand. — Vorher: Zahnschmerzen.
Residenz-Theater. Marquise.
Victoria-Theater. Stanley in Afrika.
Friedrich-Wilhelm-Theater. Der Protzenhauer.
Ostend-Theater. Vom Thron zum Schaffot.
Königstädtisches Theater. Berlin, wie es weint und lacht.
Adolph Ernst-Theater. Der Goldfuchs.
Central-Theater. Berolina.
Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Karlstraße.
Heute, Donnerstag, den 13. Februar,
Abends 7½ Uhr:
Zum 24. Male:

Deutsche Turner.

(Gesetzlich geschützt.)

Große nationale Original-Pantomime. Schulquadrille mit 8 Schulpferden, geritten von 8 Herren. Auftreten der Schulreiterin Fräulein Clotilde Hager. Auftreten der vorzüglichen Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Die beiden Fuchshengste Horaz und Merkur, vorgeführt von Herrn Franz Renz. M. Metzger mit seinem dressirten Esel.

Morgen: Deutsche Turner.

E. Renz, Direktor.

Das

Alhambra-Theater

Wallnertheaterstr. 15

ist an **Vereine, Gesellschaften** ꝛc. mit sämmtlichen Nebenräumen, **Bühne, Tunnel** ꝛc. zu **Festlichkeiten** zu vergeben.

Näheres zu erfragen im Theaterbureau.

American-Theater.

Dresdnerstraße 55.
Täglich Vorstellung. [1365

Englischer Garten.

Alexanderstraße 27c.

Auftreten der Kostüm-Soubrette Frl. **Mertens.**
Auftreten des Gesangs-Humoristen Herrn **Kainberg.**
Auftreten der Kostüm-Soubrette Frl. **Lina Selar.**
Auftreten der Familie **Grosse-Doerington** in ihren Staunen erregenden, unübertroffenen Leistungen.
Auftreten der vorzüglichen und beliebten Duettisten **Gebr. Mundl.**
Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.
Sonntags Anfang halb 6 Uhr. Sonntags Entree 50 Pf., reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark. Vorverkauf Entree 40 Pf.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr A.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male: 4. Reise Holland.
Hochinteressant: **Berthe-Reise.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 1 M.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theils. nach Uebereinkunft
eigener **Fabrik.**

Wichtig für jede Hausfrau.

In keinem Haushalt sollte fehlen eine

Prima Wringmaschine,

welche der beste **Wäscheschoner** ist.

Ich gewähre wöchentliche oder monatliche **Theilzahlungen**, um es **jeder Hausfrau** zu ermöglichen, sich diesen nützlichen Wirthschafts-Gegenstand zu beschaffen. 728
Preis per Stück auf Ratenzahlung **Mark 25** bei 36 Ctm. Walzenlänge.

Wöchentliche Abzahlung 1 Mark!

E. Krieg (Inh. O. Wendt),
Berlin S.-O., Skalitzerstr. 136.
Berlin N., Schönhauser Allee 185.
Spandau, Linden-Ufer 11.

Goldschmiede!

Am 10. Februar d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Silberarbeiter

Herr Carl Steffens.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes bei Britz aus statt.

J. A.: L. Henning, Rendant.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Putzer

August Wegener

am Dienstag, den 11. Februar, früh 8 Uhr, am Gehirnschlag plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Februar, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofs in der Landsberger Allee aus statt. Um stilles Beileid bitten

Die tiefbetrübte Wittwe
Wilhelmine Wegener geb. **Barbe**
nebst **Kindern,** Stonskirchstr. 31. [1305

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten, sowie meinen Mitarbeitern der Wäschefabrik H. Sternberg jr., welche am Sonntag, d. 9. d. M., bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter so zahlreich theilnahmen, insbesondere aber dem Herrn Prediger Samran für die trostreichen Worte am Grabe, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. [1298

Der tiefbetrübte Gatte und Vater
Paul Hopfer nebst **Kindern.**

Große öffentliche

Metallarbeiter-Versammlung

am Donnerstag, den 13. Febr., Abends 8 Uhr, in der

Unions-Brauerei, Hasenhaide 3/5.

Tagesordnung:

1. **Die Arbeitseinstellung** in der Fabrik von Friedrich Siemens u. Comp.
2. Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden Metallarbeiters, in dieser Versammlung der wichtigen Tagesordnung wegen zu erscheinen. 1207

Der Einberufer.

Den Mitgliedern

des Wahlvereins des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises

zur Nachricht, daß Sonnabend Abend von 8 bis 10 Uhr Beiträge erhoben werden im Westen bei Böhland, Restaurant, Bülowstraße, nahe der Yorkstraße; im Süd-West b. Setlatzeck, Zossener- und Fürbringerstraßen-Ecke. 1299

Concert-Park „Ostend"

Frankfurter Allee 72 73.
Festsäle für 4—500 Pers. noch frei am 20./2., 23./2., 2./3. 16./3., 22./3., 23./3. d. J. [1309

1107

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte „Helm-Putz-Pomade" ist **nur** unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und anderer Firma weise man als werthlose Nachahmung zurück.

Den Genossen
halte ich meine
Masken-Garderobe
bei Bedarf best. empfohlen.
Größte Auswahl! Bill. Pr.
Vereinen Preisermäßig.
Fr. Paukin, Oranien-str. 178, Adalbertstr. 93.

Masken-Garderobe
von [516
F. Stenzel,
Dresdnerstr. 118
(früher Nr. 21),
empfiehlt sich den Vereinen, sowie Lesern des „Berl. Volksbl." Reichste Ausw., bill. Preise.

Roh-Tabak sämmtlicher Sorten.
Größte Auswahl, billigste Preise.
727] **G. Elkhuysen, Münzstraße 10.**

Sophabezüge-Reste,
3½—15 Meter, unterm Kostenpreis. Fabriklager **Zimmerstrasse 86,** Hof part. [840

Gr. öffentliche Wähler-Versammlung

des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises

Freitag, den 14. Februar, Abends 8½ Uhr, Bergstrasse 12 bei Kn...

1269

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent wird in der Versammlung gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Einberufer.

Große öffentliche

General-Versammlung

sämmtlicher Zimmerleute Berlins und Umgegend

am Freitag, den 14. Februar cr., Abends 8½
in Orschel's grossem Saale,
Sebastianstraße 39 (nahe der Alten Jakobstraße).

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme für die kommende Bauperiode.
2. Beschlußfassung über den für die gesammten Zimmerer Deutschlands in Halle stattfindenden Kongreß und Bericht der Konferenz in Halle.

Zahlreiche Betheiligung nöthig.

Die Beauftragten.

Fachverein der Bürsten- u. Pinselmacher Berlins und Umgegend

Versammlung

am Sonntag, den 16. Februar, Vormittags 10½ Uhr, im Viktoria-Restaurant, Mü...

Tages-Ordnung:

1. Vierteljahresbericht des Kassirers und der Revisoren. 2. Vorlesung aus der Berliner Arbeiterbibliothek: „Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung". 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Soeben erschien

Heft 12. (Schluß-Heft.)

Volks-Fremdwörterbuch

von

Wilhelm Liebknecht.

Sechste Auflage. — Erscheint in 12 Lieferungen à 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße Nr. 44.

Soeben erschien:

Die Geschichte der Erde

Von **P. Bommeli.**

Heft 19.

à Heft 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre,

1103 **Berlin, Oranienstraße 158.**
Größte Auswahl! **Woll-Atlas-Steppdecken** imit. Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mk. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mk.
Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

Freunde und Genossen im Norden Berlins mache ich auf meine

Landbrot-Bäckerei

aufmerksam. Bestellungen nimmt Herr Gnadt, Brunnenstraße 38, entgegen.

H. Caspar, Bäckermstr.
1213] Schwanebeck b. Buch.

Rohtabak **A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,**
am hiesigen Platze bekanntlich [1653
Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabaks.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
Sämmtliche im Handel befindlichen Roh-Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6,
am Hackeschen Markt.

Meine 3 Säle und Sonnabends, Sonntags an Vereine, Gesellschaften und Hochzeiten zu vergeben **Oranienstr. 180.** [1302

Allen Genossen
empfehle mein **Weiß- und Bairisch-lokal.** Vereinszimmer mehrere Tage ...
1281 **F. Mewes,** Bergstr. ...

Allen Gesinnungs-Genossen empfiehlt ...
Rasir-Salon, Oderbergerstraße ...
1273] **P. Schrader,** ...
Sammelstelle für's „Berliner Volksblatt".

Tüll-Gardinen
Fenster 2, 3, 5, 8 Mk. Stores 1 Mk. verkauf **Zimmerstraße 86,** Hof part.

Schöne Wohnungen mit Wasserleitung ...
Alexi: Stube u. Küche 50—66, 2 Stuben 70—80 Thlr. Rixdorf, Prinz Handjery ... nahe Vereinsbrauerei.

Soeben erschien:

Der wahre Jacob
Nr. 93.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Versilberer w. verl. Eisenbahnstr. 12.

Mamsells a. Knabenanz. v. Stein, Oranienstr. ...

Verknöpferin auf Knabenanzüge verl. ... Oranienstr. 183.

---

1 Lehrling für die Kunst- u. Buchdruckerei kann sofort eintreten Prinzessinnenstr. 28.

Arbeiterinnen auf Knabenjacken werden ... Brunnenstr. 71, Eing. Rügenerstr. 2 D. ...

Vorzügliches

BOCKBIER

empfiehlt
BERLINER BRAUEREI-GESELLSCHAFT
TIVOLI.

Der Verkauf in Gebinden und Flaschen beginnt: **Donnerstag, den 13. Februar cr.**

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Sachs** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 37. Donnerstag, den 13. Februar 1890. 7. Jahrg.

Der Proletarier einst und jetzt.

Der uns geläufige Ausdruck „Proletarier“ entstammt der römischen Geschichte. Untersuchen wir, inwieweit sich der ehemalige Begriff dieses Wortes mit dem heutigen deckt. Vielleicht wird ein solcher Vergleich nicht ganz ohne Nutzen sein.

Um das Jahr 100 v. Chr. war im römischen Weltreich der Stand der kleinen Bauern und Bürger verschwunden. Der Reichthum war nach Rom in die Hände einiger weniger zusammengeflossen. Den wenigen Reichen stand eine besitzlose Volksmasse, die Proletarier, gegenüber.

Im 19. Jahrhundert verdrängt die Geldmacht die Mittelstände, die Handwerker und kleinen Bauern; das größere Kapital besiegt wieder das kleinere, und so sammelt sich das Geld in wenigen Händen an, während der größte Theil der Menschheit, die Proletarier, verarmt.

Der Unbemittelte ist dem Kapital dienstbar; er muß dem Reichen zu größerem Reichthum verhelfen; im Alterthum war er Wähler, in der Jetztzeit als billiger Arbeiter. Der Staat kann also dem Staate, d. h. den herrschenden Klassen, nur durch die Zahl seiner Nachkommenschaft — proles genannt — nützen, er ist Proletarier.

1. Die römischen Proletarier waren zugleich cives romani, römische Bürger; die ewige Stadt war ihre Heimath und ihr Vaterland. Unsere Proletarier dagegen sind die Vertreter des Besitzlosenthums. Fragt man nach ihrer Heimath, ihrem Vaterland, so erhält man zur Antwort: „Ueberall und nirgends!“ Es ist Hohnsucht, welche die kapitalistische Produktionsweise beseelt, welche den Proletarier von Herd und Vaterland. Da möchte er mit jenem römischen Volksmann ausrufen: „Die wilden Thiere haben ihre Höhlen, jedes von ihnen weiß sein Lager, diese Männer treten ohne Hütte und Obdach mit Weib und Kind umher!“

2. Der römische Proletarier war politisch frei; nichts hinderte ihn, sich mit seinen Genossen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen zu vereinigen. Nach eigenem Gutdünken wählte er in städtischen und staatlichen Angelegenheiten. Als Cicero Aedil geworden, veranstaltete er den Proletariern dreimal Spiele, um auch Konsul zu werden. Sulla wurde nicht Prätor, weil er den Proletariern seine Löwen nicht zeigen ließ. In der Jetztzeit untersteht der Proletarier Ausnahmegesetzen, die vereinigt werden sollen; der Wahlen wird seine Willensfreiheit nicht selten durch Drangsalirung jeder Art gehemmt. Ja, die herrschenden Klassen möchten gern das Wahlrecht der Proletarier auch gesetzlich eingeschränkt sehen.

3. Die römischen Proletarier zahlten keinerlei Abgaben oder Steuern. Seit der Zeit des Königs Servius Tullius (578—534 v. Chr.) anerkannten die römischen Gesetzgeber, daß der Vermögenslose vom Staate den geringsten Vortheil habe und gering thue, wenn er im Falle der Noth seine Haut zu Markte trage, um die Vaterstadt zu vertheidigen.

Dem Proletarier der Neuzeit sind direkte und indirekte Steuern auferlegt. Letztere besonders betreffen Lebensmittel, welche dem Armen zum Bedürfniß geworden sind. Die Besteuerung richtet sich nicht nach der Qualität, sondern nach der Quantität, mithin fällt ihre Last vornehmlich auf die Proletarier, die als der größte Theil der Menschheit auch am meisten verbrauchen. Allein durch die indirekten Steuern trägt der Proletarier ganz wesentlich zu den Lasten des Staates und der Kommunen bei und hilft auch jene Ausgaben bestreiten, welche hauptsächlich den Anforderungen des Luxus dienen; den prächtigen Stadtpalästen sieht niemand an, daß sie größtentheils von den Pfennigen der Proletarier gebaut sind, die selbst nur zu oft obdachlos umherirren.

4. Als römische Bürger arbeiteten die alten Proletarier mit, sie belebten die Plätze und Straßen und befaßten sich mit den öffentlichen Angelegenheiten.

In den heutigen Proletariern ist die volkswirthschaftliche Lehre von der „nackten Arbeitskraft“ verkörpert. Die Gelehrten erklären: „Alle Güter entstehen durch Verbindung von Boden, Kapital und Arbeitskraft.“ Diese Arbeitskraft besitzen die Proletarier; ihr einziges Vermögen besteht in der Kraft ihrer Muskeln und bewertet sich nach dem Gesetz von Nachfrage und Angebot auf dem Weltmarkt; um den geringsten Lohn müssen die Arbeiter zur Verfügung stehen, ihr Lohn bemißt sich nach den dringendsten Lebensbedürfnissen, ohne Befriedigung die Arbeitskraft weder bestehen noch sich fortpflanzen kann. Braucht ein Unternehmer menschliche Arbeitskraft, so wendet er sich nicht an seine Nachbarn und Mitbürger; nein, er zieht die chinesischen Kulis herbei, wenn sich Sendung, Nahrung und Leistungsfähigkeit das Unternehmens sich vortheilhafter gestaltet bei Verwendung von Ostasiaten als bei Europäern.

5. Im Alterthum war das Verhältniß des Besitzenden zum Proletarier ein durchaus menschliches. Durch freie Wahl seitens der Proletarier wurden die höchsten Aemter vergeben. Darum suchten die Vornehmen durch Bewirthung und öffentliche Spiele sich die Gunst der Proletarier zu erwerben oder sich ihnen dankbar zu bezeigen.

Gegenwärtig ist die Beziehung des Reichen zum Armen eine rein sachliche. Der Proletarier gilt nicht als Mensch, sondern dem Stoff gleich wird er vom Räderwerk der Großindustrie zermalmt. Der Kapitalist nutzt den Proletarier körper- und geistig aus, und wenn die Kraft verbraucht ist, dann geht der Arme gehen, ein neues Opfer tritt an seine Stelle. Die Industrie als wahrer Saturn der Arbeit verzehrt die eigenen Kinder.

6. Der alte Proletarier bewegte sich in frischer Luft, der moderne lernt diese Hauptbedingung der Gesundheit kaum kennen. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend, ja oft bis in die Nacht hinein, bannt die Arbeit den Armen an die dumpfe Stube oder in die schädlichen Dünste des Fabrikraumes. Daher jene Jammergestalten mit den matten Augen, den kraftlosen Blässe, dem abgemagerten Gesichte, den verkrüppelten Zügen und Gliedern: „Aus deinen Augen, o Zeus, hast du die Menschen gemacht!“ würde der Dichter ausrufen.

7. Der römische Proletarier wurde vom Staat unterstützt. Beim Uebergang der republikanischen Staatsform in die monarchische zählte die Welthauptstadt Rom 1 250 000 Proletarier. Von diesen wurden jahraus jahrein 640 000 zum Theil und 320 000 ganz erhalten. Die Auslagen dafür bedeuteten bedeutende Summen der Staatseinnahmen. Die Unterstützung bestand in Getreidespenden, Fleisch-, Salz- und Oelverteilungen, unentgeltlichen Bädern und Bezahlung des Schulbesuches; hinzukamen Schauspiele und immer großartige Gastmahlereien. Unter dem Konsulate des Crassus (55 v. Chr.) wurde bei Gelegenheit eines dem Herkules dargebrachten Opfers lange Zeit an 10 000 Tischen gespeist.

Was sollen wir aus der Neuzeit entgegenstellen?

Wir wissen nichts! Doch vielleicht die Einrichtungen der Invalidität, Unfallversicherung und Altersversorgung!? Gewiß recht gerne, wenn sie nur paßten! Aber diese sogenannten Wohlthaten kommen nur durch die sauer verdienten Pfennige der Proletarier selbst zu stande.

Hinsichtlich der äußeren Lage steht also der moderne Proletarier weit hinter dem römischen zurück, nicht aber in Bezug auf den Geist.

Der römische Proletarier als freier Bürger hielt jede Arbeit des Lohnes wegen für entehrend. Bei dieser Anschauung blieb er stehen, ein Aufstreben zum besseren war ihm fern. In körperlicher und geistiger Trägheit versumpfte er und ging zu Grunde.

Anders beim modernen Proletarier. Er weiß, die Arbeit ist eine naturgemäße Ehrenpflicht eines jeden Menschen, durch Arbeit in der Gesellschaft soll jeder seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten entfalten, sein und aller Wohl begründen und fördern. Ausgehend von dieser Ueberzeugung, stellt sich das Proletariat ein hohes Ziel: die Arbeit von den kapitalistischen Fesseln zu befreien und ihr wieder den Ehrenplatz einzuräumen. Auf friedlichem Wege soll eine Neuordnung der Gesellschaft angebahnt und durchgeführt werden. Die Arbeit muß allen Verhältnissen als Grundlage dienen und den ihr gebührenden vollen Ertrag erhalten. In Gleichheit und Brüderlichkeit sollen Menschen und Völker einander nahetreten und ein würdiges Dasein führen. Fürwahr ein erhabenes Ziel! Kurzsichtige Sozialpolitiker wollen unterscheiden zwischen Volk und Proletariat. Nein, die Proletarier sind das Volk; in ihnen lebt noch die Naturkraft, die Liebe zur Menschheit, der Quell des Lebens; sie sind die Brücke einer besseren Zukunft. Der Besitzende klebt am Staub; der Proletarier, äußerlich durch Elend und Druck niedergebeugt, schwingt sich mit seinem Geist zu einem Ideal empor; zielbewußt und geleitet von erprobten Führern, ringt und strebt er vorwärts mit zäher Entschlossenheit und nie ermüdender Opferliebe.

Mag auch der Körper äußerlich leiden, wenn ein solcher Geist ihn beseelt, kann er nicht zu Grunde gehen, sondern muß zu blühender Gesundheit erstarken, es muß werden dem Proletariat der Sieg!

Korrespondenzen.

Hamburg, 9. Februar. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Dietz, in welcher dieser die oft mehr als rigorose Handhabung des Sozialistengesetzes in Hamburg durch den hiesigen Polizeiherrn, Senator Dr. Hachmann, vor die Oeffentlichkeit zog, muß hier an maßgebender Stelle stark verschnupft haben. Man hatte gewiß das Bedürfniß einer Art Rechtfertigung oder doch einer Abschwächung der von Herrn Dietz vorgebrachten Thatsachen. So erschien denn gleichzeitig in den „Hamb. Nachrichten“ und dem „Hamb. Correspondent“ ein gleichlautender Artikel unter verschiedenem Titel. Einmal „Der Abgeordnete Dietz und die Hamburger Polizei“, im „Correspondent“ lautete er sonor: „Der Abgeordnete Dietz und die Wahrheit.“

Offenbar war dieser Artikel von einem Offiziosus verfaßt und nach Art dieser Leute stellt er unverfroren sämmtliche Beschwerden des Reichstagsabgeordneten D. als grundlos hin und bezichtet diesen der Unwahrheit. Aber wie schnell wurde der Spieß umgedreht. Bezüglich zweier im Verlage von E. Jensen u. Kmp. hier herausgegebenen Blätter und in Anlaß des Verbots derselben schreibt der Offiziosus:

„Das ergiebt sich nicht minder aus der kecken Unwahrheit: Der Polizeiherr habe den Verleger jener Druckschrift, Herrn Berendsohn, angebrüllt (!): „Wenn Sie so fort machen, so werde ich mit Kolben dreinschlagen lassen.“ Herr Berendsohn ist allerdings vorgeführt und verwarnt worden, aber nach der Erklärung der Zeugen gab auch die Persönlichkeit desselben zu einer solchen Ungeheuerlichkeit durchaus keinen Anlaß.“

Hierauf antwortet Herr Berendsohn (Inhaber der Firma E. Jensen u. Ko.) in einem Eingesandt des „Hamb. Echo“:

„Dem gegenüber erkläre ich, daß Herr Senator Dr. Hachmann in Gegenwart des Herrn Polizeiinspektors Schröder nach einer längeren Ansprache, in welcher er mich zum Schluß einen gewerbsmäßigen Aufreizer nannte, mit erhobener Stimme sagte: „Sagen Sie Ihren Genossen, daß ich mit dem Kolben drein schlage, wenn es die Nothwendigkeit erfordert.“

Auf diese direkte Abfertigung ist bis jetzt vergeblich auf eine Antwort gewartet worden. Ebenso wenig hat der Offiziosus sich auf eine längere Erwiderung des Herrn Dietz wieder ans Tageslicht gewagt. Der Hamburger Polizei wäre auch zu rathen, sich einen geschickteren Vertheidiger zu suchen, als den Verfasser des Artikels „Der Abgeordnete Dietz und die Wahrheit“, denn seinen eigenen Klienten gegen eine „Ungeheuerlichkeit“ in Schutz nehmen wollen und dann sich sagen lassen müssen: Ja was Du selbst eine „Ungeheuerlichkeit“ nennst, hat wirklich stattgefunden — so etwas sollte sich doch selbst der beschränkteste der Referendare nicht zu schulden kommen lassen.

Welche Ablagerungsstätte von geistigem Unrathe der „Hamb. Corresp.“ übrigens geworden ist, möge noch folgender Passus beweisen, der einer Berliner Korrespondenz dieses Blattes entnommen ist. Es heißt darin in Bezug auf die sozialdemokratische Wahlagitation in Berlin: „Aus dem Auslande ist viel Geld in den letzten Tagen für die Wahlagitation gekommen, namentlich aus Dänemark, Ungarn, Rumänien, England, Amerika. Solches Geld soll freilich wieder verschwunden sein; so ist z. B. der Vergolder Robert Hoffmann aus Berlin mit einer Kasse durchgebrannt, es soll die des Fachvereins der Vergolder in Brandenburg sein. Hoffmann soll sich nach Paris gewandt haben; die Kassenverwaltung ist bei den Sozialdemokraten immer eine recht schwache gewesen, wiederholentlich haben die Hauptkassirer der geheimen Organisation das Weite gesucht und verfolgt konnten sie nicht werden.“ Wir sind ja von jeher an die Lügen der sogenannten Ordnungspresse gewöhnt und ein Wort der Erwiderung dagegen zu verlieren, ist unnütz. Nur niedriger hängen muß man von Zeit zu Zeit solche gemeine Verleumdungen. —

Die Wahlbewegung trägt hier dieses Mal eine andere Physiognomie als bei den früheren Reichstagswahlen, weil zum ersten Male seit der Verhängung des Belagerungszustandes über Hamburg, also seit 12 Jahren, öffentliche Wählerversammlungen der Arbeiterpartei gestattet sind. Die Versammlung, in welcher August Bebel vor zirka 12 000 Personen hier sprach, war von geradezu sensationellem Erfolge, und morgen wird Paul Singer im selben Lokale sprechen. Das Schönste dabei ist, daß die Arbeiter in allen ihren Versammlungen eine selbst den Gegnern imponirende Ruhe und Ordnung bewahren, während in den Versammlungen der sogenannten Reichstreuen sogar die Freisinnigen, um deren Stimmen die Anhänger von Wörmann und Lutteroth geradezu in niedriger Weise betteln, verhöhnt und ausgezischt werden. Die größte Wirksamkeit haben die Wählerversammlungen für den sozialdemokratischen Kandidaten im 3. Hamburger Wahlkreise, dem Landgebiete Hamburgs. Durch diese Wahlagitation werden jedenfalls dem Herrn Wörmann die 700 Stimmen verloren gehen, mit denen er bei der letzten Reichstagswahl mit Hilfe der Freisinnigen in der Stichwahl siegte.

Die Freisinnigen haben allerdings auch in einer Versammlung der Ihrigen drei Kandidaten: Dr. Barth, Dr. Drähnert und Rentier Adloff, aufgestellt. Die resignirten Reden der Herren bezeugten aber schon im Voraus, daß sie an irgend welchen Erfolg selber nicht glauben. Die Arbeiterpartei sieht dagegen mit um so größerer Siegesgewißheit dem Wahltage entgegen.

Wahlbewegung.

Im fünften Wahlkreise wird der Kampf zwischen Freisinn und Sozialdemokratie immer heißer. Für seinen intimen politischen Freund Baumbach tritt Eugen Richter mit vielem Eifer, aber geringerem Geschick ein. Ueber die Rede, welche er zu Gunsten desselben gestern Abend im „Königsbau“ hielt, werden wir uns morgen äußern. Gestern versuchte Herr Richter im Briefkasten-Tümpel der „Freis. Ztg.“ dem sozialdemokratischen Kandidaten, Albert Auerbach, durch die Notiz zu schaden, daß derselbe früher fortschrittlich gewesen und für Herrn Albert Träger eingetreten sei. Herr Richter glaubt offenbar, daß diese Mittheilung Herrn Auerbach politisch kompromittire. Zu diesem Glauben gehört viel — Unbefangenheit. Keinem Beobachter unserer politischen Entwicklung kann entgehen, daß Gesellschafts- und Berufskreise, welche ehedem bürgerlich-freisinnig waren, mehr und mehr sich den Anschauungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie zugänglich zeigen. Kaufleute, proletarische Gelehrte, freiblickende Gebildete, zahlreiche Bürger überhaupt, werden infolge der wirthschaftlichen Entwickelung und deren Betrachtung Sozialdemokraten. Sie erkennen in der Sozialdemokratie die Vorkämpferin einer besseren Gesellschaftsgestaltung, einer höheren Kulturstufe. Herr Eugen Richter dagegen meint, daß der einzelne, welcher sich in dem angegebenen Sinne geistig, politisch weiterentwickele, dadurch politisch an Ruf verliere. Die Kartellbrüder fürchten Herrn Richter. Wir halten ihn für einen naiven, sozialpolitisch fast kindlich denkenden Mann. Wir bezweifeln sogar, daß das Ergebniß des 20. Februar im fünften Wahlkreise zur Klärung seiner Ansichten erheblich beitragen werde.

Ueber die konservativen Wahlaussichten in Berlin äußert sich das Stöcker'sche „Volk“ folgendermaßen: „Der 3. und 4. Wahlkreis haben Wahlenthaltung beschlossen, ein Vorgang, der das tiefe Niedergehen der Berliner Bewegung schlagend beweist. Aber auch in den anderen Wahlkreisen sind die Aussichten bisher herzlich schlecht. Die sieghafte Stimmung, die überfüllten Versammlungen der Sozialdemokraten kontrastiren gar zu lebhaft mit der gedrückten Stimmung in den halbleeren Versammlungen der Konservativen. Die eigenen Kandidaten sind hoffnungslos. Erklärte doch Herr Lütke (konservativer Kandidat für den 5. Wahlkreis. Red.) in einer öffentlichen Versammlung: „An einen Sieg unserer Partei ist in Berlin nicht zu denken.“ — Die Gelder fließen nicht allzu reichlich in die Wahlkassen. Die freiwilligen Kräfte, die sich sonst zur Agitation zur Verfügung stellten, fehlen zumeist und namentlich ist es die junge Generation, sonst die eifrigste Helferin, die diesmal zurückzustehen scheint. Die beliebtesten und geschicktesten Führer sind „Agitatoren auf Urlaub“. Die Christlich-Sozialen haben sich von der öffentlichen Agitation zurückgezogen. Die „Antisemitische Volkspartei“ und der „Deutsche Antisemitenbund“ empfehlen Wahlenthaltung. Weite andere antisemitische Kreise werden durch die Erklärung von Herrn v. Liliencron, „er könne den Kampf gegen ein ganzes Volk mit seiner christlichen Anschauung nicht vereinigen“, und durch die Weigerung von Herrn Lütke, zur Judenfrage Stellung zu nehmen, von der Wahlurne fern gehalten. Fast überall stößt man auf Unlust und Lauheit.“

Aus Breslau, 8. Februar, berichtet man der „M. Z.“: „Angesichts der Wahlen warnt Fürstbischof Kopp öffentlich vor den sozialistischen Hirngespinnsten und fordert den Klerus auf, die Arbeiterschaft über die Grundirrthümer der sozialistischen Lehren aufzuklären.“ Wir fürchten, der Klerus wird dazu nicht im Stande sein.

Göttingen, 9. Februar. „Nicht weil sie wenig, sondern weil sie infolge der Segnungen des herrschenden Systems viel verdienen, darum streiken unsere Arbeiter!“ So lautet das große Wort, welches ein waschechter Nationalliberaler in der gestrigen freisinnigen Versammlung unter dem stürmischen Beifall seiner Parteigenossen in die Debatte warf, und dieses Wort verdient als besonders charakteristisch für die „staatserhaltenden“ Parteien jedem Wähler in die Seele geprägt zu werden, gerade in dem Augenblick, wo die „staatserhaltende“ Presse mehr als je von Arbeiterfreundlichkeit übertrieft, um das Volk in ihre Netze zu locken. Besser als alle ausgeklügelten Zeitungsartikel enthüllt dieses eine Wort, was wir von der Arbeiterfreundlichkeit der Nationalliberalen zu halten haben. Darum also haben die gequälten und bedrängten Bergarbeiter sich und die Ihren dem Hunger preisgegeben, weil sie aus purem Uebermuthe, in freventlicher Ueberhebung und im Bewußtsein ihrer Macht, vielleicht auch aus Langeweile es für angezeigt hielten, mit den armen schwachen Kohlenbaronen einen kleinen wirthschaftlichen Strauß auszufechten, darum haben die hunderttausend armen Dockarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil — so sagte unser braver Nationalliberaler wörtlich — „zu wenig Arbeiter vorhanden sind“. — Das also ist die wahre innere sozialpolitische Anschauung der Herren und die Arbeiter werden gut thun, dieses Bekenntniß für den Wahlkampf zu beherzigen.

Solingen, den 11. Februar. Die nationalliberale Presse macht Herrn Windthorst für das Scheitern des hier geplanten Kompromisses, für das Nichtzustandekommen der Kandidatur des katholischen, angeblich parteilosen, in Wirklichkeit freikonservativen Landesdirektor Klein verantwortlich. Nur mit Anspannung aller Kräfte — so heißt es — nur durch das Zusammengehen aller antisozialistischen Parteien ist es möglich, der Sozialdemokratie den Kreis zu entreißen. Diesen schönen Plan soll nur der Weise Windthorst vereitelt haben, obschon die Nationalliberalen wissen, daß auch mit einem Ordnungskandidaten der Sozialdemokratie hier nicht beizukommen ist. Wenn man nämlich die Wahlresultate aus den Jahren 1884 und 1887 etwas näher ansieht, wird man unbedingt zu dem Schlusse gedrängt, — abgesehen davon, daß der Wähler sich nicht durch irgend einen Parteiführer verschachern lasse — daß ein Ordnungskandidat hier vorläufig keinen Erfolg hat und daß weder ein Nationalliberaler, noch ein Ultramontaner bei der bevorstehenden Reichstagswahl auf einen Sieg rechnen kann. Bei der ersten Wahl im Jahre 1884

erhielten die Sozialdemokraten 6217 Stimmen, die Ultramontanen 4372, die Nationalliberalen 2908 und die Freisinnigen 1939 Stimmen. Die absolute Majorität war demnach 7719, woran der Sozialdemokratie nur noch 1502 Stimmen fehlten. Bei der engern Wahl erhielten die Ultramontanen 5317 und die Sozialdemokraten 8734 Stimmen. Im Jahre 1887 vertheilten sich die Stimmen bei der ersten Wahl folgendermaßen: Die Sozialdemokraten erhielten 8622, die Nationalliberalen, deren einflußreichste Mitglieder mit der „letzten Kuh", mit von den Franzosen gekauften Barackenbrettern, Melinitbomben und einem schweren Bündel sonstiger Kriegsartikel von Thür zu Thür hausirten gingen und dabei den letzten Angstmeier auf die Beine gebracht hatten, erhielten 5772, die Ultramontanen 4599 und die Freisinnigen 735 Stimmen. Die absolute Majorität betrug demnach 9767, so daß den Sozialdemokraten nur noch 1138 Stimmen fehlten, um im ersten Wahlgange zu siegen. Bei der engeren Wahl erhielten die Nationalliberalen 6880, während die Sozialdemokraten es auf 10 475 Stimmen brachten. Da diesmal die „letzte Kuh", die von den Franzosen geschändeten deutschen Frauen, sowie das rothe Gespenst den gewünschten Dienst versagen dürften und die Nationalliberalen durch die von ihnen bei der vorigen Wahl Belogenen und Betrogenen unzweifelhaft eine große Stimmeneinbuße erleiden werden, so ist es den Sozialdemokraten bei gehöriger Rührigkeit ein Leichtes, im ersten Wahlgange den Sieg davonzutragen. Die gestern und vorgestern in Ohligs und Solingen stattgefundenen großartigen Wählerversammlungen legten beredtes Zeugniß davon ab, daß die Arbeiter am Tage der Wahl ihre Pflicht und Schuldigkeit thun werden.

Die Ultramontanen haben gestern Herrn Peter Reichensperger als Reichstagskandidat für den Kreis Solingen aufgestellt. Nunmehr werden auch wieder nationalliberale Stimmen für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten laut.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 13. Februar d. J., Nachmittags 5 Uhr. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über eine Anzahl Rechnungen. — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Verbreiterung der Neuen Friedrichstraße zwischen Kloster- und Rosenstraße unter Beseitigung der Schmalen Gasse. — Vorlage, betr. die Erwerbung des Terrains zum Lützowplatze im Wege des Enteignungsverfahrens. — Desgl., betr. die im Vierteljahr Oktober—Dezember 1889 vorhanden gewesenen öffentlichen Gas- und Petroleumflammen. — Desgl., betr. die Schulferien für die höheren Lehranstalten im laufenden Jahre. — Desgl., betr. die Störungen der elektrischen Beleuchtung in der Straße Unter den Linden und das Fortbestehen der Gasbeleuchtung daselbst. — Desgl. betr. die Erwerbung des Straßenlandes vor den Grundstücken Gollnowstr. 8/9. — Desgl., betr. die Revision des Regulativs für die Verwaltung des Reichenheim'schen Vermächtnisses. — Vier Rechnungen. — Berichterstattung, betr. die Wahl eines Mitgliedes für die Unterkommission I der Einschätzungskommission zur klassifizirten Einkommensteuer. — Eine Unterstützungssache. — Vorlage, betr. die Wahl von zwei Stadtverordneten, sowie eines Bürgerdeputirten für das Kuratorium der Ernst Oppermann'schen Stiftung. — Desgl., betr. die Zahlung der einmonatlichen Diäten eines verstorbenen Hilfsarbeiters an dessen Mutter. Außerdem findet am Beginn dieser Sitzung die Einführung von drei neugewählten Stadtverordneten statt.

Lokales.

Achtung! Alle diejenigen, welche gewillt sind, während der Wahlbewegung und namentlich am Tage der Wahl für den 2. Wahlkreis thätig zu sein, wollen sich umgehend melden an folgende Personen und Stellen:

Für den Süden: Prinzen- und Gitschinerstraßen-Ecke bei Hense, Restaurateur.

Für den Südwesten: Hornstr. 11, bei Zechlin; Scheuer, Gneisenaustraße- und Schleiermacherstraßen-Ecke und Zossener- und Fürbringerstraßen-Ecke bei Sedlatzscheck.

Für den Westen: Bülowstr. 52, bei Böhland.

Friedrichstadt: Puttkamerstr. 13, bei Schulz; beim Zentralkomitee-Mitglied Ernst Wilschke, Junkerstr. 1.

Den Mitgliedern des Wahlvereins für den 2. Wahlkreis zur Nachricht, daß die Zahlstellen sich befinden:

1. Zossener- und Fürbringerstraßen-Ecke bei Sedlatzscheck. 2. Bülowstr. 52, bei Böhland und möchten diejenigen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dort ihre Pflichten am Sonnabend, Abends von 8 Uhr, nachkommen.

Das Wahlkomitee für Nieder-Barnim macht bekannt, daß sich Leute, die am Tage der Wahl behilflich sein wollen, bei Folgenden melden können:

Für Friedrichsberg bei Spindler, Friedrich-Karlstraße 34; Albert Plasse, Friedrich-Karlstr. 12a und Restaurateur Emil Böhl, Frankfurter Allee 76.

Für Friedrichsfelde bei W. Schlemminger, Berlinerstraße 101, I.

Für Friedrichshagen bei O. Schmidt, Wilhelmstraße 34.

Für Weißensee bei H. Grünenberg, Friedrichstraße 18.

Für Pankow bei W. Schockel, Schulzestr. 17.

Für Reinickendorf bei Th. Hidde, Bürgerstraße 26.

Für Bernau bei H. Schibolsky, Weinbergstraße 79.

Für Rummelsburg bei Alfred Rosenkranz, Lessingstraße 7a.

Die Lokalkommission für Adlershof macht bekannt, daß die Gastwirthe Wölstem und Leopold sich weigern, ihre Säle zu Versammlungen herzugeben. Wenn die Arbeiter im Sommer ihre Landpartien dahin machen, so sind dieselben den Wirthen angenehm, wollen die Arbeiter aber Versammlungen abhalten, um in denselben ihre politischen Angelegenheiten zu besprechen, so sind die Lokale für die Arbeiter geschlossen.

Nachträgliche Berichtigung. Die am Dienstag, den 11. d. M. veröffentlichte Liste, ist, wie uns von der Lokalkommission mitgetheilt wird, insofern zu ergänzen, als folgende Lokale noch zu veröffentlichen sind, die den Arbeitern zu allen Versammlungen unentgeldlich zur Verfügung stehen:

C. Bachmann, Dresdenerstr. 46.
Bugenhagen Moritzplatz.
A. Moewes, Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29.
Franz Specht, Neue Jakobstr. 16.

Zur Nachahmung empfohlen. Dienstag dieser Woche beschlossen die Arbeiter der Firma Schäffer u. Walcker, wegen Freigabe des 20. Februar bei der Direktion vorstellig zu werden. Ihr Gesuch wurde bereitwilligst gewährt. Mehrere größere Maschinenfabriken sollen ebenso vorgegangen sein.

Für die Thatsache, daß die goldenen Fünfmarkstücke allmälig aus dem Verkehr verschwinden, liefern die offiziösen „B. Pol. Nachr." folgende Erklärung:

Wenn man die Uebersichten der letzten Jahre über die in den deutschen Münzstätten stattgehabten Ausprägungen von Reichsmünzen mit einander vergleicht, so findet man auf den ersten Blick, daß, während die Zahlen, welche für die übrigen Münzen darin verzeichnet sind, von Jahr zu Jahr wachsen, die Summe der ausgeprägten halben Kronen, also der goldenen Fünfmarkstücke, schon seit geraumer Zeit auf einer und derselben Höhe bleibt. Eine Ausprägung der halben Kronen hat denn auch thatsächlich schon seit dem Jahre 1879 nicht stattgefunden. In dem Gesetz, betreffend die Ausprägung von Reichs-Goldmünzen vom 4. Dezember 1871 war lediglich bestimmt, daß Reichs-Goldmünzen zu 10 und zu 20 M. geprägt werden sollten. Erst im Artikel 2 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 wurde vorgeschrieben, daß außer den im vorher genannten Gesetze bezeichneten Reichsgoldmünzen auch solche zu 5 M., von welchen aus einem Pfunde feinen Goldes 279 Stück ausgebracht würden, geprägt werden sollten. Thatsächlich ist diese Bestimmung nur in den Jahren von 1873 bis 1879 zur Ausführung gebracht. Im letzteren Jahre ist die Ausprägung von goldenen Fünfmarkstücken eingestellt worden und zwar, wie aus einem von Heinrich von Poschinger in den „Aktenstücken der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck 1. Band" zum Abdruck gelangten Schreiben an den Staatsminister Hofmann hervorgeht, auf eine besondere Anordnung des Reichskanzlers, welcher die halben Kronen als im Verkehr unbrauchbar bezeichnete. Die halben Kronen werden seit jener Zeit von der Reichsbank eingezogen und nicht wieder verausgabt. Man trifft sie deshalb gegenwärtig auch nur noch selten im Verkehr an. Ausgeprägt waren von diesen Reichsgoldmünzen insgesammt 27 969 925 M.

Ueber Berliner Straßennamen sprach Montag im Bürgersaal des Rathhauses Professor Dr. Waldeyer. Der Redner führte aus, daß Berlin, wie in jeder andern Beziehung, so auch in der Benennung der Straßen eine Stadt der Gegenwart genannt werden müsse. Das Alte sei aber vielleicht allzusehr vernachlässigt worden zu Gunsten des Neuen; besonders sei zu beklagen, daß der Ausdruck „Gasse" immer mehr verbannt werde, weil damit die deutsche Sprache um eine unterscheidende Bezeichnung ärmer werde. Die ältesten Straßennamen Berlins, soweit sie noch heute Geltung haben, gehen nicht über das Jahr 1250 hinaus. Hier sei vor Allem der Mühlendamm zu nennen. Vom Jahre 1323 datirt der „Neue Markt", während der „Alte Markt" seinen Namen in den des „Molkenmarktes" umgeändert hat. Weiter gehören hierher die „Jüdengasse", „Fischergasse", „Grünstraße", „Spandauerstraße" und „Brüderstraße". Auch die „Bischofstraße", „Poststraße" und „Rittergasse" sind über 200 Jahre alt, während die „Ritterstraße" erst seit 1845 besteht. Gleichfalls alte Bezeichnungen sind der „Kögel", die „Roßstraße" und die „Falkoniergasse". Aber unverhältnißmäßig wenig alte Namen haben sich in die Gegenwart herübergerettet, die meisten Straßen haben sich eine zum Theil oft wiederholte Umtaufung gefallen lassen müssen. Die „Kleine Auguststraße" hat nicht weniger als sechs Namen gehabt. Die „Annenstraße" hieß ursprünglich „Neue Trift", dann „Schäfergasse", die „Auguststraße" erst „Armsündergasse", darauf „Armengasse", nachher „Hospitalstraße". Die „Kleine Rosenthaler Straße" trug zuerst den Namen „Todtengasse im Spandauer Revier", 1826 erhielt sie trotz des Protestes der Anwohner den Namen „Weinberggasse", und erst 1862 ihre jetzige Bezeichnung. Bisweilen wurde auch ein Name gerade in sein Gegentheil umgewandelt. So wurde aus der „Bauernstraße" eine „Junkerstraße". Ironisch sind die Bezeichnungen „Rosmarienstraße" und „Rosenstraße" für Gassen, in denen ein schmutziges Gewerbe betrieben wurde. Im allgemeinen sind nach des Redners Ansicht die Straßennamen Berlins wohlgeeignet und gut ausgewählt; nur in einzelnen Fällen glaubte Prof. Waldeyer Aenderungen empfehlen zu müssen und zwar vor allem da, wo Fremdworte ohne zwingenden historischen Grund gebraucht sind, so beim Gendarmenmarkt, der früher den schönen Namen Lindenmarkt führte, bei der Chausseestraße, einer Bezeichnung, die geradezu widersinnig sei, bei der Panoramastraße, der Plantagenstraße u. A. Ferner zu fordern sei die richtige Bildung des Namens. Ein Verstoß hiergegen sei der Name Pankstraße statt „Pankestraße". Auch dürfte die Bezeichnung nicht zu Mißverständnissen führen können, wie bei der „Völkerstraße", bei der man an die Mehrzahl von „Voll" denke, während sie das Andenken eines Gutsbesitzers Völker verewigen solle. Der Vortragende schloß mit dem Wunsche, daß man bei neuen Benennungen nicht bedeutungslose Namen wählen möge, sondern auf ruhmreiche Namen aus der Geschichte, auf einzelne Landestheile, auf die deutsche Heldensage sich beziehen müsse.

Von den Berliner Bahnhofsanlagen wird zunächst der Güterbahnhof der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn elektrische Beleuchtung erhalten, und zwar in ausgedehntester Weise durch sämmtliche Pack- und Laderäume. Die Beleuchtungseinrichtung wird selbstständig für sich eingerichtet und mit der auf dem Personenbahnhof der Schlesischen Bahn nicht in Verbindung stehen. Die Kosten sind auf 103 000 M. veranschlagt.

Der „Denunzianten-Briefkasten" am Molkenmarkt 1, welcher so viele Jahrzehnte hindurch tausende und abertausende von Anzeigen aufgenommen hat, ist seit dem Umzug der „heiligen Hermandad" durch ein weißes Blatt verschlossen. Jener Kasten hatte für Berlin dieselbe Bedeutung, wie die handbreiten Löcher im Dogenpalast zu Venedig, wo der Rath der Zehn die Anzeigen geheimnißvoll entgegennahm. Der Briefkasten am Molkenmarkt wurde jeden Tag sechsmal geleert und meistens war er voll von Zuschriften aller Art, welche dann vom Zentralbureau aus ihren instanzenmäßigen Weg gingen. Im neuen Polizeipalast ist bereits für Ersatz gesorgt.

Sozialdemokratische Flugblätter gelangten am Sonntag, Morgens 8 Uhr, an der Manteuffel- und Reichenbergerstraßen-Ecke auf drastische Weise zur Vertheilung. Der mit der Vertheilung der Blätter beauftragte Parteigenosse wurde nämlich plötzlich von einem Kriminalbeamten aufgefordert, ihm die Flugschriften zu übergeben und ihm zur Wache zu folgen. Diesem Ansinnen leistete jedoch der Betreffende keine Folge, sondern nahm schleunigst Reißaus, hinter ihm drein der Beamte, jedoch lange ohne Erfolg, denn keiner der Passanten unterstützte ihn in seinen Bemühungen, den Ausreißer fest zu nehmen. Immer im Zickzack rannte der Verfolgte durch die Straßen und auf demselben Wege folgte der Beamte. So ging die Jagd auch eine Zeit lang rings um einen Kohlenwagen. Plötzlich hemmte der Verfolgte seine Schritte, griff in die Tasche, holte die Flugblätter heraus und warf dieselben im großen Bogen durch die Luft. Die angesammelte Menge stürzte sich jetzt auf die Flugschriften, und nur mit großer Mühe gelang es dem Beamten, sich in den Besitz einiger wenigen Exemplare zu setzen, mit denen er sich triumphirend zur Revierwache begab, gefolgt von dem Missethäter, der sich ihm nun freiwillig ergeben, nachdem der Beamte auf Verlangen seine Legitimation vorgewiesen hatte.

Mäuseplage im neuen Polizeipalast am Alexanderplatz. Wie man uns mittheilt, sollen seit kurzem so große Schaaren von Mäusen in den Räumen des neuen Polizeipräsidiums auftauchen, daß man sich ihrer kaum noch zu erwehren vermag. In allen Korridoren und Zimmern tummeln sich die kleinen Nager, und wird man sich demnächst wohl dazu bequemen müssen, dieser Invasion, die gewissermaßen eine Reminiszenz an den alten „Ochsenkopf", in dem sie auch so zahlreich vertreten waren, bildet, durch Beschaffung einer kleinen Katzenarmee Einhalt zu gebieten.

Rücksichtlich der zahlreichen Eheschließungen, welche erfahrungsmäßig mit den Umzugsterminen zu Ostern und Michaeli stattfinden, wird das Publikum in seinem eigenen Interesse darauf aufmerksam gemacht, die Anträge auf Anberaumung des Aufgebotes so rechtzeitig anzubringen, daß die Zeit bis zu dem gewünschten Eheschließungs-Termine ausreichend bemessen ist. Gegenwärtig zum Beispiel sind soviel Aufgebotsanträge gestellt und Eheschließungen im Gange, daß bei einzelnen Standesämtern die Tage bis Mitte April ständig besetzt sind. Ferner liegt es im eigensten Interesse der standesamtlichen Vorschriften betreffs der Legitimirung von Zeugen sowie des pünktlichen Erscheinens zu den angesetzten Terminen mehr Beachtung zu schenken. Diese Vorschriften hängen in jedem Standesamts-Wartezimmer ausgehängt. Es ziehen sich immer noch viele Personen staatsanwaltliche Verfolgung wegen zu später Anzeige von Geburtsfällen zu. Dies passirt vorwiegend bei außerehelichen Geburten und wird die beabsichtigte Verheimlichung aufgefaßt.

Daß der Aberglaube noch immer seine Blüthen treibt, beweist folgende Geschichte, die wahrscheinlich noch ein Nachspiel vor Gericht haben wird. Der zwölfjährige Sohn einer im Norden Berlins wohnenden Wittwe war seit einigen Tagen an der Fußrose erkrankt. Als der Arzt dieser Tage seine Patienten besuchte, staunte er nicht wenig, als er den erkrankten Körpertheil, den linken Unterschenkel, gänzlich in grauer Farbe bemalt fand. Auf Befragen erklärte die Mutter dem Arzte, daß sie durch einen ihr bekannten Schneider die Rose besprechen lassen. Derselbe habe das Bein unter Hersagen einer Formel in der oben angegebenen Weise schwarz schmiert. Der Arzt ließ nun sofort die Farbe entfernen, da er befürchtete, daß die in derselben enthaltenen Bestandtheile das Leben des Kindes gefährden könnten. Gegen den betreffenden „Heilkünstler" soll von Seiten des Arztes Anzeige bei Gericht erstattet werden.

Angst und Schrecken verbreitete vorgestern Nachmittag ein völlig entkleideter Mann, der mit erhobenem Beile in der Bergstraße in Rixdorf die Passanten thätlich bedrohte und durch eine förmliche Flucht und Panik der Bewohner der Straße verursachte. Niemand wagte sich dem Wüthenden widersetzen und erst, als der Wahnsinnige, denn mit einem solchen hatte man es zu thun, ein 8jähriges Mädchen, das er nicht so schnell zu reiten vermochte, mittelst des Beiles tödten versuchte, wagten es einige beherzte Männer, dem Rasenden gegenüber zu treten, der nun seinerseits die Flucht ergriff. Nun entspann sich eine wilde Jagd; der Wahnsinnige kletterte über Zäune und Einfriedigungen und sprang schließlich in der Kirchhofstraße über die mannshohe Mauer des Begräbnißplatzes, wo es seinen Verfolgern erst nach unendlichen Mühen gelang, den Tobenden, der sich mit Riesenkräften wehrte, zu überwältigen und gefesselt nach dem Amtsbüreau zu bringen, woselbst man in dem gefährlichen Irren den 35jährigen, an Verfolgungswahnsinn leidenden Stemsetzer August D. aus der Bergstraße 40, rekognoszirte und den Geisteskranken nach einer Irrenanstalt alsbald überführen ließ.

Der Eissport konnte infolge der kalten Witterung in den letzten Tagen wieder aufgenommen werden, und auf dem Spandauer Schifffahrtskanal tummelten sich am Sonntag zahlreiche Schlittschuhläufer. Dringend muß aber noch vor dem Betreten der Oberhavel gewarnt werden. Dieselbe ist zwar bereits mit einer Eisfläche bedeckt; letztere ist aber bei weitem noch nicht sicher genug. Trotzdem giebt es Waghalsige, welche ihr Leben aufs Spiel setzen. Am Sonnabend sind drei Personen nur mit knapper Noth dem Tode des Ertrinkens entronnen. Bei Valentinswerder brach der Sohn des alten Fischermannes Leonhardt ein. Der Vater, der gerade in der Nähe weilte, eilte ihm zwar schnell zur Hilfe, aber er vermochte nichts auszurichten, denn das Eis gab unter seinen Füßen nach und bald schwebten beide in großer Lebensgefahr. Ihre verzweifelten Hilferufe wurden glücklicherweise in Saatwinkel vernommen; aus dem Marten'schen Lokal kamen alsbald mehrere Personen hinzu, welche die beiden Verunglückten, indem ihnen Leitern und Stangen reichten, retteten. Der zweite Fall ereignete sich bei Heiligensee. Der Geselle eines Bäckermeisters hatte über das Eis der Oberhavel sich nach Nieder-Neuendorf gegeben, und Backwaare dorthin gebracht. Auf dem Rückwege brach er ein. Er vermochte sich aber mit den Händen, welche mit dicken wollenen Handschuhen bekleidet waren, so lange an der Eiskante festzuklammern, bis auf seine ängstlichen Hilferufe aus Heiligensee Leute herbeieilten, welche ihn von einem schrecklichen Tode retteten.

Die Verletzung des Rixdorfer Mörders Dobrick, welche dieser sich im Augenblick seiner Gefangennahme selbst zugefügt und die man anfangs nicht für lebensgefährlich hielt, hat am Sonnabend zum Tode des D. im Krankenhause Bethanien geführt. Ueber die Motive, welche den D. zur Ausübung des Mordanfalles bewogen haben, hat man bis jetzt festgestellt, daß D. in der That der Mann der Nieder-Barnim, dieselbe mit ihrem Mädchennamen geheißen, gewesen, welche die Frau den D. verlassen hat, weil derselbe sie fortgesetzt mißhandelte; da wiederholte Versuche, die Frau zu bewegen, ihm zurückzukehren, nichts fruchteten, so beschloß D., den Mord ihr und sein Leben zu endigen. Uebrigens befindet sich die Frau D. noch immer in Lebensgefahr.

Vermißt wird seit Mittwoch, den 5. d. Mts., der in der Dragonerstr. 48 wohnende Kutscher Wilhelm Freese. Dieselbe ist ein durchaus solider nüchterner Mann, in der Kabinbaum'schen Spritfabrik angestellt, verließ am 5. Februar, Abends 9 Uhr, nachdem er seine Kutscherkleidung mit einem guten Anzug vertauscht und zu seiner Frau, mit welcher er übrigens im bestem Einvernehmen lebte, geäußert, daß er noch eine Partie Billard spielen wolle, seine oben erwähnte Wohnung. Seitdem ist F. nicht mehr nach Hause gekommen und, da Grund zu einem Selbstmord nicht vorhanden, so muthmaßt man, daß dem spurlos Verschwundenen ein Unfall zugestoßen ist. F. ist 30 Jahre alt, von großer Statur, hat dunkelblondes Haar und ebenso einen Schnurrbart; als besonderes Kennzeichen dient: starker breiter Rücken; bekleidet war der Vermißte mit einem schwarzen Rockanzug, Stiefeln, schwarzem Filzhut u. s. w.

Die Preßkohlenfrage beschäftigt gegenwärtig lebhaft unser Reichs-Gesundheitsamt. An diese Behörde hatte Ende vorigen Jahres der Bund der Berliner Grundbesitzer Vereine gewendet und dargestellt, daß verschiedene in Handel gebrachte Sorten Preßkohlen, selbst wenn sie ständig ausgebrannt erscheinen, dennoch in den Zügen und Röhren einen Niederschlag absondern, welcher durch seinen Gehalt, wahrscheinlich Schwefelwasserstoffgas, zu einem ätzlichen und schädlichen Geruch Anlaß giebt und Kopfweh und Uebelkeit verursacht. — Wie das „Grundeigenthum" mitteilt, liegt es allerdings außerhalb der verfassungsmäßigen Aufgaben des kaiserlichen Reichs-Gesundheitsamts, Anträgen von Privatpersonen auf Abgabe technischer Gutachten zu entsprechen, doch hat der Direktor der genannten Behörde, Geheimrath Köhler, in einem an den Bund der Berliner Grundbesitzer Vereine gerichteten Schreiben mitgetheilt, daß Untersuchungen zum Zwecke eigener Informationen alsbald stattfinden werden und über deren Ergebniß event. auch Mittheilungen an die Oeffentlichkeit gemacht werden sollen.

Wer der Leitung einer großen Verwaltung oder eines großen geschäftlichen Unternehmens angehört, weiß, wie schwer es ist, es Allen recht zu machen. Vielleicht keine Verwaltung erfährt dies mehr als die Eisenbahnverwaltung, und so berechtigt so manche Klage auch sein mag, so ungerechtfertigt und unbillig sind auch oft die Ansprüche, welche an sie erhoben werden. Wir haben Klagen, sofern sie uns berechtigt erschienen, wiederholt das Wort geliehen, und nehmen wir auch nicht Anstand, einer gegenteiligen Stimme Gehör zu verschaffen. In unserer Nr. 59 war Beschwerde darüber erhoben worden, daß seitens der Eisenbahnverwaltung nicht gestattet wird, von den Zeitkarten das anhaftete Regement abzutrennen. Mit Bezug auf diese Beschwerde erhalten wir von einem unserer Leser folgende Zuschrift: „Seit 6 Jahren fahre ich und meine Familie auf der Potsdamer und der Anhalter Bahn auf Zeitkarten. Eine solche Zeitkarte, ein kleines Heft von 4 Blatt, ist 85 × 120 Millimeter groß und wiegt 7,5 (sieben und einhalb) Gramm. Ich habe

...rung der Unzuverlässigkeit gehört. Dem Einen ist Dies, dem Andern Jenes nicht Recht. Ueber zu großen Umfang oder zu großes Gewicht der Karte habe ich noch Niemand klagen gehört. Mit solcher Kleinigkeitskrämerei sollte man die Verwaltung nicht belästigen, um Raum für begründete Beschwerden zu lassen. Der Preis der Zeitkarten ist so billig, daß er niedriger kaum gedacht werden kann. Für 50 Pf. in 3., für 66⅔ Pf. in 2. Klasse täglich fahren Personen zwischen Steglitz und Berlin hin und her so oft ihnen beliebt. Es entfallen auf die Person und Tag 16⅔ Pf. respektive 13⅓ Pf. Die Zeitkarten-Besitzer sind also billig. Sollten sie dadurch die Berechtigung haben, besonders anspruchsvoll zu sein? In der That sind sie es. Mit welcher erstaunlichen Langsamkeit holt eine in zweiter Güte die Zeitkarte hervor, wenn der auf Zehntelbreit stehende Schaffner nicht mit dem hingeworfenen Stück „Karte", das mit halber Rückenwendung gesprochen, zufrieden ist, und das Ding auch sehen will. Von den Vielfahrern, den Zeitkartenbesitzern, kommen die meisten erst in letzten Minuten. Ich würde es billig finden, wenn die Direktionen verlangten, daß jeder Interessent, der den Vorteil des Abonnements genießt, nicht nur die Abonnementsbescheinigungen bei sich trägt, sondern dieselben auch auswendig kennt. Wer öfter die Verhandlungen solcher Fahrgäste, die die Karte im andern Rock und sonstwie vergessen haben, mit den Schaffnerbeamten angehört hat, wird mir beipflichten. Nach den Erfahrungen ist mit der Direktion und ihren Beamten gut auszukommen. Weit mehr müssen sich die Fahrgäste ...

Polizeibericht. Am 11. d. M. Vormittags fiel der ausgebesserte Preis bei der Ausbesserung der Telephon-... von dem Dache des Hauses Königin-Augustastr. 50 ... gepflasterten Hof hinab und verstarb auf der Stelle infolge eines Schädelbruches. — Nachmittags stürzte sich im Hause ... 42 ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter Mann vom ... über das Geländer der Wendeltreppe auf den Treppenabsatz und verstarb sofort infolge eines Schädelbruches. Zu derselben Zeit wurde eine Frau an der Ecke der Oranienstraße und Alexandrinenstraße von einem Kohlenwagen überfahren und am Kopfe bedeutend verletzt. — Abends wurde ein Mann in einer Wohnung in der Fischerstraße erhängt vorgefunden. — In der Nacht zum 12. d. M. fiel ein Hospitalit in der Trunkenheit von der Jannowitzbrücke nieder und erlitt dabei eine so schwere Verletzung am Hinterkopfe, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages fanden an sechs verschiedenen Stellen ... Brände statt.

* * *

Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin. In der Woche vom 5. bis 11. Januar 1890 fanden 214 Eheschließungen statt. Lebendgeboren wurden 930 Kinder, darunter 107 außerehelich, todtgeboren waren 30 mit inbegriffen. Die Lebendgeborenen sind 31,7, die Todtgeborenen 1,0 pro Tag der Bevölkerung, die außerehelich Geborenen sind bei den Lebendgeborenen mit 11,5, die Todtgeborenen 20,0 pCt. Die Zahl der gemeldeten Sterbefälle beläuft sich auf die Wochentage wie folgt vertheilen: Sonntag 107, Montag 98, Dienstag 98, Mittwoch 97, Donnerstag 94, Freitag 100, Sonnabend 76. Von den Gestorbenen erlagen an Masern 7, Scharlach 8, Diphtherie 52, Bräune 3, Keuchhusten 9, Kindbettfieber 0, Typhus 1, Unterleibstyphus 18, Grippe 0, Syphilis 1, Altersschwäche 34, Gehirnschlag 22, Lungenschwindsucht 101, Diarrhoe 24, Brechdurchfall 9, Magenkatarrh 13. Durch Vergiftung kamen 3 Personen um. Gewaltsamen Todes starben 21 Personen, und zwar durch Erhängen 5, Ertrinken 2, Ueberfahren 2, durch Sturz aus 5 Schußwunde 3 Operation 1. Hierunter sind 14 Todesfälle durch Mordthat herbeigeführt worden. Dem Alter nach sind die Gestorbenen unter 1 Jahr alt 207 (30,9 pCt. der Gesammtsterblichkeit), über 1 bis 5—15 Jahre 26, 15—20 Jahre 14, 20—30 Jahre 42, 30—40 Jahre 57, 40—60 Jahre 103, 60—80 Jahre 105, über 80 Jahre 17 Personen. In hiesigen Krankenhäusern starben 120, einschließlich 17 Kindsmörder, welche zur Behandlung hierher gebracht waren. Nach Stadtbezirken vertheilen sich die Todesfälle folgendermaßen: Berlin-Mitte (I.) 18, Friedrichstadt (II.) 21, Friedrich- und Schöneberg-Vorstadt (III) 27, Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt (IV.) 54, Louisenstadt, westlich (Va.) 48, Luisenstadt jenseit, östlich (Vb.) 38, Stralauer Viertel und Neu-Kölln (VI.) 58, Stralauer Viertel, westlich (VIa.) 37, Stralauer Viertel, östlich (VIb) 37, Königstadt (VIII.) 55, Spandauer Viertel und Rosenthaler Vorstadt, südlich (Ia.) 46, Rosenthaler Vorstadt, nördlich (Ib.) 18, Brandenburger Vorstadt (XI.) 50, Friedrich-Wilhelmstadt und Moabit (XII.) 40. Die Sterbefälle sind 22,9 pro Mille der sortlichen Bevölkerungszahl (1 528 461). Die Sterblichkeitsziffer in folgenden Städten des Deutschen Reiches mit mehr als hunderttausend Einwohnern betrugen: Altona 34,2, Altona 30,0, Barmen 28,0, Bremen 20,6, Breslau 30,5, Chemnitz 29,8, Danzig 31,5, Dresden 25,5, Düsseldorf 22,2, Elberfeld 27,4, Erfurt 21,9, Frankfurt a. M. 18,6, Hamburg mit Vororten 30,6, Hannover 21,1, Köln 52,2, Krefeld 43,0, Leipzig 41,7, Magdeburg 33,4, München 31,7, Nürnberg 30,2, Stettin 27,3, Straßburg i. E. 35,0, Stuttgart 28,0 auf Tausend. Von Großstädten Europas mit mehr als dreihunderttausend Einwohnern stellen sich die Sterblichkeitsziffer in Amsterdam 38,6, Budapest (Vorwoche) 48,1, Dublin 34,8, Liverpool 22,9, London 26,8, Paris 26,4, Petersburg (Vorwoche) 41,1, Prag (Vorwoche) 26,1, Wien (Vorwoche) 26,1 auf Tausend. Es wurden zugezogene 1754 Weggezogene gemeldet, so daß sich die Bevölkerung durch Zuzug und nachträglich gemeldeten Geborenen und des Zuschlages, der den Zugezogenen erfahrungsmäßig zugerechnet werden muß, um 1452 vermehrt. Die Einwohnerzahl beträgt sonach am Schlusse der Berichtswoche ... In der Woche vom 26 Januar bis 1. Februar 1890 kamen zur Anzeige: Infektions-Erkrankungsfälle an Typhus 17, Masern 73, Scharlach 57, Rotheln 70, Kindbettfieber 5.

Gerichts-Zeitung.

Auf Urkundenvernichtung zum Nachtheile eines Angeklagten lautete die Anklage, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann und Bauunternehmer Ernst Haitenbach aus Charlottenburg verhandelt wurde. Der Angeklagte hat in Gemeinschaft mit seinem Vater ein Haus gebaut, in welchem der Malermeister Köhler die Malerarbeiten ausgeführt hatte. Derselbe wurde theils in bar, theils in Wechseln bezahlt, bis auf einen Restbetrag von 900 M., der später bezahlt werden sollte. Als einer der Wechsel über 1000 M. fällig war, konnten die Akzeptanten ihn nicht einlösen und der Angeklagte ging Köhler um Prolongation ein. Der Letztere willigte ein und erhielt einen neuen Wechsel. Gleichzeitig sollte die Restschuld von 1000 M. beglichen werden, die Schuldner machten aber an der Malerarbeit Ausstellungen und verlangten deshalb, daß die Forderung ermäßigt werde. Köhler erklärte sich bereit, 250 M. abzulassen, wenn man ihm der somit noch restirenden 750 M. zwei Wechsel über 400 und 350 M. geben wolle. Die Wechsel wurden ausgeschrieben und vor Köhler auf den Tisch gelegt. Dieser händigte dem Angeklagten die Quittung ein und nahm die beiden Wechsel fort. In diesem Augenblicke ist nach der eidlichen Aussage des Zeugen Köhler der Angeklagte plötzlich auf ihn zugesprungen, hat ihm die Wechsel aus der Hand gerissen. Köhler hielt sie fest und nun hatte Jeder einige Fetzen in der Hand. Der Angeklagte erklärte rund heraus, daß er nicht beabsichtige, dem Kläger die Restforderung überhaupt zu bezahlen. Der Angeklagte schilderte den Sachverhalt so, als sei Köhler noch nicht im Besitze der Wechsel gewesen. Noch bevor der zweite Wechsel vollständig fertiggestellt war, sei es zwischen ihnen wegen der mangelhaften Malerarbeit zu einem Streit gekommen und er, der Angeklagte, habe die Wechsel genommen, um sie zu vernichten, weil er thatsächlich eine andere Vereinbarung mit dem Gegner erstrebte. Nun sei der Letztere es gewesen, der ihm die Wechsel aus der Hand gerissen. Der Staatsanwalt glaubte den Zeugen und beantragte gegen den Angeklagten Gefängnißstrafe von einer Woche und 300 Mark Geldstrafe. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Angeklagte sich in gröblicher Weise gegen Treu und Glauben im öffentlichen Verkehr vergangen und daß seine Handlungsweise eine weit strengere Ahndung verdiene, als der Staatsanwalt beantragt hatte. Das Urtheil lautete daher auf drei Monate Gefängniß und auf ein Jahr Ehrverlust.

Durch eine dreiste Urkundenfälschung hat der Handlungsgehilfe August Seibt das Vermögen der Kellnerfrau L. um ... M. geschädigt. Der Ehemann der Frau L. ist Kellner in einem hiesigen Restaurant, zu dessen Gästen auch Seibt gehörte. Dieser hatte wohl durch wiederholte Unterhaltung mit L. mancherlei über die Familien- und Vermögensverhältnisse desselben erfahren und diese Kenntniß hat er sich in seiner Weise zu Nutze gemacht. Eines Tages erschien bei der Frau L. ein Dienstmann, welcher einen Brief überbrachte. Bei Eröffnung desselben sah sie, daß sie darin von ihrem Manne ersucht wurde, ihm den Betrag von 100 Mark nach dem Restaurant zu schicken, da er des Geldes dringend bedürfe. Da Frau L. die Schriftzüge ihres Mannes zu erkennen glaubte, trug sie kein Bedenken, der Aufforderung nachzukommen und händigte dem Dienstmann das Geld aus. Sie sollte sehr bald merken, daß sie einem dreisten Betrüger zum Opfer gefallen war, denn weder rührte der Brief von ihrem Manne her, noch hat dieser das Geld erhalten, dasselbe hat vielmehr, wie später ermittelt wurde, dem Seibt einige vergnügte Tage bereitet. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit eines solchen Treibens verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu einem Jahr Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer.

Soziale Uebersicht.

Von dem ehemaligen Metteur der „Berliner Zeitung", Herrn Kosminsky, erhalten wir zur Richtigstellung folgendes Schreiben:

Nachdem der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer „nach nochmaliger Prüfung des Sachverhältnisses" die gegen den Verleger der „Berliner Zeitung", Herrn Ullstein, erhobenen Beschwerden zurückgenommen hat und den Metteur als Urheber aller Differenzen hinstellt, erlaube ich mir zur Widerlegung folgende thatsächliche Berichtigungen zu übermitteln. Es ist falsch, daß ich jemals während meiner dreijährigen Thätigkeit in der Ullstein'schen Druckerei die Hand zu Lohndrückereien geboten, ich habe bei Lohndifferenzen stets dem Geschäftsinhaber gegenüber die Forderungen der Setzer unterstützt und eine Vermittelung anzubahnen mich bestrebt, was Herr Leopold Ullstein am Montag den Setzern gegenüber erklärt hat. Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker hat aber diese Beschuldigung gegen mich nicht zurückgenommen. Zweitens bin ich mir nicht bewußt, mich einer brutalen und traurigen Behandlung der Setzer schuldig gemacht zu haben, was ich vor Gericht in einer gegen die Herren Ph. Schmitt und H. Reißmann angestrengten Beleidigungsklage zu beweisen gedenke. Ich bin seit Anfang meiner Thätigkeit allerdings bei einigen Setzern bei Anordnungen, welche die Herstellung der Zeitungen bedingt, auf Widerstand gestoßen, und diese haben es auch verstanden, ihre Kollegen zu der Pression gegen mich zu bewegen. Die Behauptung des Vorstandes in gestriger Nummer, daß Herr Ullstein nichts von der Kündigung der beiden Setzer gewußt hat, ist unwahr, denn dieselbe ist mit Wissen und Willen des Herrn Louis Ullstein erfolgt, obwohl mir außerdem von Herrn Leopold Ullstein das Recht der Annahme und Entlassung des Personals ausdrücklich übertragen war. Ich habe übrigens auch stets in allen geschäftlichen Angelegenheiten mit Herrn Louis Ullstein Rücksprache genommen, so daß er über die Zustände, welche die Herren Philipp Schmitt und Reißmann unequicklich nennen, vollständig unterrichtet war. Dann hat der Vorstand die Ueberzeugung gewonnen, daß die Schuld an den unequicklichen Zuständen in der Druckerei nicht die Prinzipale trifft, hat aber trotzdem die Beschuldigung der Lohndrückerei, welche von Herrn Hans Ullstein am Mittwoch verlangt, die von den Setzern aber aufrecht erhalten wurde, nicht zurückgenommen. Also auf einer Seite Lohndrückerei und auf der anderen keine Schuld an den unequicklichen Zuständen! Nach nochmaliger Prüfung ist der Vorstand des ꝛc. Vereins dahin gekommen, daß die Beschuldigungen gegen den Prinzipal unwahr sind. Hätten die Vorstandsmitglieder nicht auch mit dem ihnen ja seit langen Jahren bekannten Metteur sprechen können, ehe sie so schwere Beschuldigungen gegen denselben in die Welt schicken, die denselben seine fernere Existenz zu erschweren im Stande sind? „Somit ist nach kurzer Unterbrechung das gute Einvernehmen, welches aller Zeit in unserem Hause bestanden hat, erfreulicher Weise und, wie wir sicher erwarten dürfen, dauernd wieder hergestellt", schreibt die gestrige „Berliner Zeitung". Also durch die Beseitigung des Metteurs, dem der Verleger an demselben Tage das beste Zeugniß über seine Thätigkeit ausstellt und trotzdem man dem Metteur am Tage vorher gesagt hatte, daß man dem Drucke der „Tendenz" der Zeitung wegen nicht widerstehen könne und seine Entlassung sehr bedauere. Letzterer ist also der einzig Geschädigte bei der ganzen Sache.

In Niederschönweide in der Lehmann'schen Fabrik ist wieder von Neuem ein Streik ausgebrochen. Es handelt sich um folgenden Thatbestand. In der Lehmann'schen Fabrik haben bekanntlich vor einigen Tagen die Weber und Weberinnen die Arbeit niedergelegt. Selbstverständlich wurden in diesem Streik auch die anderen Arbeiter mit hineingezogen, sie waren gezwungen, unfreiwillig zu feiern. Namentlich traf dieses Loos die Krempelputzer. Obgleich nun in der Fabrik die Anordnung herrscht, daß jeder Arbeiter zu jeder Zeit ohne Kündigung entlassen werden kann, hatten die Krempelputzer doch das Vorrecht vierzehntägiger Kündigungsfrist. Diese Arbeiter wollten nun den Lohn für die 2½ Tage — solange hatte der Streik gedauert, nicht einbüßen, sondern wandten sich mit einer diesbezüglichen Bitte an ihren Meister. Dieser erwiderte jedoch, daß ihm keine Befugnisse zustehen, diese sogenannte Mehrforderung zu bewilligen, es könnte das nur von dem Herrn Direktor selbst geschehen. Von diesem wurde die Forderung jedoch ebenfalls kurzerhand abgelehnt, und so sahen sich die Krempelputzer veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Wie gerechtfertigt die Forderungen der Arbeiter übrigens sind, geht wohl daraus hervor, daß die Arbeiter sich an das Gewerbegericht in Schöneweide wandten, woselbst am Dienstag Nachmittag ½5 Uhr ein Termin stattfand. Hier erzielten die Arbeiter ein obsiegendes Erkenntniß, bei welchem sich allerdings der Herr Direktor, wie es wenigstens den Anschein hat, nicht beruhigen will. Die Arbeiter sind bisher in der ruhigsten und gesetzmäßigsten Weise vorgegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Selbstgefühl der Besitzer und Direktoren der Fabrik dadurch, daß man die Weber in ihrem Streik besiegte, in merklicher Weise gewachsen ist. Es sind hierauf wohl auch verschiedene Aeußerungen des Herrn Direktors, der die Arbeiter geradezu zum Streik herausforderte, zurück zu führen. Die Drohungen, daß bereits 9 Arbeiter zum Ersatz unterwegs seien, sind bei der Schwierigkeit und Gefährlichkeit der Arbeit wohl nur als unbegründete zu betrachten. Wenn es augenblicklich auch nur 8 Mann sind, welche die Arbeit niedergelegt haben, so wäre es doch zu wünschen, daß in diesem Falle die Direktion zum Nachgeben gezwungen würde. Es würde das von wesentlichem Einfluß auf die augenblicklich etwas gedrückte Stimmung der dort beschäftigten Arbeiter sein.

Wir erhalten folgende Berichtigung: Das „Berl. Volksblatt" vom 1. Februar enthält einen Aufruf: „An die Arbeiter Deutschlands", in welchem als Hauptgrund des in unserer Fabrik ausgebrochenen Ausstandes die außergewöhnlich niedrigen Löhne angegeben worden. Als Maximum eines Wochenverdienstes werden 15 M. genannt. Daß diese Zahl unrichtig ist, beweisen wir einfach damit, daß nach unseren Lohnlisten von den beiden Unterzeichnern des Aufrufs der Korbmacher Roßmann im vorigen Jahre einen Gesammtverdienst von 1019,10 M. hatte. Dies ergiebt für die volle Arbeitswoche einen Durchschnittslohn von 20,40 M. Der zweite der Unterzeichneten Schmied Klapper hatte einen Gesammtverdienst von 968,25 M., welches für die volle Woche einen Durchschnittslohn von 19,80 M. ausmacht. Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurde von Beiden weder verlangt noch geleistet, und können dieser in obigen Beträgen nicht enthalten sein.

Die Angabe, wir hätten unseren Arbeitern Versprechungen gemacht, die wir nachher nicht gehalten, ist unwahr. Ebenso unwahr ist es, daß sich alle Arbeiter an dem Streik betheiligten. Ueber 400 Personen arbeiteten weiter, und hat sich die Zahl inzwischen wieder bis auf über 600 erhöht.

Gebr. Reichstein, Brandenburg a. H.

Zur Lage der Bergarbeiter. Die „Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts" vom 1. Januar l. J. bringen recht belehrende Daten über die Knappschafts-Berufsgenossenschaft. Danach betrugen die laufenden Verwaltungskosten im Rechnungsjahre 1888 auf den Kopf der versicherten Personen: 0,61 M., auf je 1000 M. der anrechnungsfähigen Löhne 0,79 M. Für das Rechnungsjahr 1887 betrugen die Kosten 0,58 bezw. 0,78 M., es ist demnach eine Steigerung dieser Ausgaben zu verzeichnen. Die Verwaltungskosten beliefen sich im Jahre 1888 auf insgesammt 218 385 M. 5 Pf., die ausgezahlten Entschädigungen 1 772 559,36 M. Die 1742 versicherten Betriebe verfügten über 357 439 durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamte und Arbeiter. Die Zahl aller Verletzten, für welche im Laufe des Rechnungsjahres Unfallanzeigen erstattet wurden, betrug 26 530, d. h. auf 1000 versicherte Personen kamen 74,19 Verletzte. Die Zahl der Verletzten, für welche Entschädigungen festgestellt wurden, betrug 2749 oder 7,69 auf 1000 versicherte Personen. Unter diesen 2749 Verunglückten waren 2684 männliche, 26 weibliche Erwachsene und 39 Knaben unter 16 Jahren. Was die Gegenstände und Vorgänge betrifft, bei welchen sich die Unfälle ereigneten, so finden wir:

Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen	112
Fahrstühle, Aufzüge	82
Dampfkessel	2
Sprengstoffe	224
Feuergefährliche Stoffe, Gase ꝛc.	79
Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen und Umfallen von Gegenständen	1163
Fall von Leitern, Treppen, aus Luken	308
Auf- und Abladen	284
Fuhrwerk	184
Eisenbahnbetrieb	75
Schifffahrt	3
Thiere (Stoß ꝛc.)	4
Handwerkszeug	213
Sonstige Gegenstände	16

Gestorben sind 746. Dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit trat bei 533, dauernde theilweise Erwerbsunfähigkeit bei 1013 ein, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit bei 452. Entschädigungsberechtigte Hinterbliebene gab es 1881, darunter 505 Wittwen, 1333 Kinder, 43 Verwandte in aufsteigender Linie (Eltern ꝛc.). Das sind keine erfreulichen Zahlen. Die Unfallgefahr ist im Bergwerksbetrieb eine sehr große. Nur zwei gewerbliche Berufsgenossenschaften, die Südwestdeutsche Eisen-Berufsgenossenschaft mit 100,61 Verletzten auf 1000 Versicherte, und die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft mit 115,00 Verletzten, stehen noch höher. Nun ist aber festzuhalten, daß die Mittheilung aller Unfälle — auf welche die Betriebsunternehmer der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten haben — an den Berufsgenossenschaften auf statutarischen Bestimmungen der Berufsgenossenschaften beruht. Die „Amtl. Mitth." heben deshalb mit Recht hervor, „daß diese Mittheilungen daher hinsichtlich der gemeldeten nicht entschädigungspflichtigen Unfälle — da eine unter Strafe gestellte Verpflichtung zur Anmeldung der betreffenden Unfälle nicht besteht, nur als annähernd zu betrachten ist, und daß die mitgetheilten Gesammtzahlen der Unfälle im Allgemeinen hinter der Wirklichkeit zurückbleiben." Also die Unfallziffer ist thatsächlich noch höher, als angegeben. Fassen wir nun die Prozentverhältnisse der entschädigungspflichtigen Unfälle ins Auge, so rangirt die Knappschafts-B.-G. unter sämmtlichen 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften an fünfter Stelle. Es trafen auf 1000 Versicherten entschädigungspflichtige Unfälle:

Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft	10,75
Speditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft	10,09
Rheinisch-Westf. Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft	9,71
Fuhrwerks Berufsgenossenschaft	9,41
Knappschafts-Berufsgenossenschaft	7,69

Sogar die durch ihre schweren Unfälle übel bekannte bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft kommt erst nach den bergmännischen Betrieben mit 7,38 Verletzten auf 1000 versicherte Personen. Da unsere Kohlenbarone, mögen sie nun als Gewerken an Kuxen, oder als Aktionäre an bunten Koupons sich ergötzen, mit den Fährlichkeiten des Betriebes nichts zu thun haben, da die „Denkschrift" ferner Jedem, der's glauben will, haarklein zeigt, wie gut es den Kohlenarbeitern geht, so ist es die verdammte Pflicht jedes guten Deutschen, die Unfallstatistik als den trefflichsten Beweis für die Behauptungen der Zechenbesitzer und der „Denkschrift-Verfasser" freudig anzuerkennen.

Auch nicht übel!!! In der letzten Nummer der „Z. f. D. B." erklärt Herr Mäser-Leipzig, daß er folgenden Antrag beim Vorstand der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft einreichen werde:

„In Erwägung, daß die Geschäfte eines Geschäftsführers der deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft nur sehr wenig Zeit in Anspruch nehmen; in weiterer Erwägung, daß die Funktionen des Geschäftführers mit denjenigen des Genossenschaftsbuchhalters sehr wohl vereinbar sind und von letzterem übernommen werden können, ohne daß Gefahr der Ueberbürdung desselben vorhanden wäre, wolle der Vorstand im Interesse der Verbilligung des unverhältnißmäßig hohen Verwaltungsaufwandes beschließen: Die Stellung eines Geschäftsführers der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft mit der des Genossenschaftsbuchhalters zu vereinigen. Im Jahre 1888 gab es in dieser Berufsgenossenschaft 58 730 durchschnittlich beschäftigte Betriebsbeamte und Arbeiter. Die Zahl der Verletzten überhaupt betrug 421, die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle 63. Die Summe der Entschädigungsbeträge belief sich auf 29 830 M. 62 Pf., die Summe der laufenden Verwaltungskosten aber 42 811 M., 88 Pf., d. h. für Verwaltungszwecke wurden 43,4 Prozent mehr ausgegeben, als für Unterstützungszwecke! Von diesen 42 811 M. 88 Pf. Verwaltungsausgaben treffen auf

Gehälter der Beamten und Bediensteten	20 368,86 M.
Lokalmiethen, Heizung, Beleuchtung	2 918,18 „
Schreibmaterialien, Drucksachen ꝛc.	6 035,78 „
Portokosten, Botenlöhne	4 402,32 „
	33 715,14 M.

Der Rest geht drauf für Reisekosten und Tagegelder des Genossenschaftsvorstandes, der Sektionsmitglieder, Vertrauensmänner u. s. w. Wir meinen, daß diese nüchternen Zahlen die beste Unterstützung für den durchaus zeitgemäßen Antrag des Herrn Mäser sind. Solcher unnütze Aufwand von Personal, solche Schreibwuth sind nichts weniger als „sozialreformerisch". Eins steht fest: so wenig vor der sozialwirthschaftlichen Kritik die Berufsgenossenschaften Stand halten, so trefflich arbeiten sie privatwirthschaftlich. Unsere

stellenbedürftige Bourgeoisjuxend hat wenigstens einen Unterschlupf gefunden, der für eine Anzahl der empfohlenen, gutgesinnten Sprößlinge des Großbürgerthums eine hübsche Versorgung bietet. Was sehr nützlich ist bei der Ueberproduktion von Kopfarbeitern."

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein im 4. Berliner Reichstagswahlkreis hielt am 5. Februar in Schröder's Salon, Manteuffelstr. 9, eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende bekannt, daß der Genosse und Vereinsmitglied, Musketier Korn in Bromberg, an der Lungenentzündung verstorben ist und wird ein Antrag, den Genossen Scholz mit einem Kranze nach Bromberg zu senden, ohne Widerspruch angenommen. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die bevorstehenden Reichstagswahlen, hielt Herr Röhike das Referat. In kurzen Worten schilderte er die Thätigkeit des bisherigen Reichstages, die Entstehung der verschiedenen Parteien und deren Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber. In scharfen Worten wies er die Aeußerung des Ministers Herrfurth zurück und forderte die Mitglieder auf, rege für die Wahl von Sozialdemokraten zu agitiren. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung bestätigt Herr Laske die Richtigkeit der Abrechnung. — Beim dritten Punkt der Tagesordnung werden zwei Anträge, 1. dem Wahlfonds 120 M. aus der Vereinskasse zu überweisen, 2. dem Kassirer monatlich 5 M. für Unkosten zu bewilligen, angenommen. — Zu Verschiedenem war die Frage eingelaufen, ob Jemand im Besitze der an demselben Abend als Extrablatt herausgegebenen kaiserlichen Erlasse ist? An diese Frage knüpfte sich noch eine kurze Diskussion, worauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde.

Eine starkbesuchte öffentliche Versammlung des Verbandes der Vergolder, Goldleistenarbeiter und Berufsgenossen fand am 10. d. M. in Schneiders Salon, Belfortstraße 15, statt. Kollege Böhl führte in treffender Weise die Vortheile eines Verbandes den Fachvereinen gegenüber aus. Infolge dieses Referats ließen sich sofort 50 der Anwesenden in den Verband einzeichnen. Die Zahl der Mitglieder ist bereits auf 320 gestiegen.

Eine gut besuchte öffentliche Wählerversammlung fand am 6. Februar im Lokale Kolbergerstr. 23, unter Leitung der Herrn Ernst, Peters und Treuchel statt. Ueber die Tagesordnung: „Wie stellen sich die Wähler zu den Gegenparteien?" referirte Robert Schmidt. Redner führte die Machinationen vor Augen, durch die die Kartellmajorität des Reichstages zusammenkam; wie derselbe Reichstag dem Volke ungeheure Opfer in Form der indirekten Steuern auferlegt, die Rechte des Volkes durch Verlängerung der Legislaturperiode beschnitten hat. Referent kam in seiner Rede auf den ungeheuren Militäretat zu sprechen. Die Ausgabe betrug im Jahre 1872 für das Heer 267 Millionen und 15 Millionen für die Marine, jetzt dagegen 377 Millionen für's Heer und 38 Millionen für Marine, hierdurch ist die Schuldenlast auf 1500 Millionen gestiegen, so daß 46 Millionen Mark nötig waren, um die Zinsen zu bezahlen, während im Jahre 1875 nur 5100 Mark dazu nöthig waren. Redner führte aus, wie durch die indirekte Steuer die Lebensmittel bedeutend theurer geworden sind. Der Redner kritisirte ferner das Verhalten der freisinnigen Partei. Dieselbe stelle sich allen Forderungen für Arbeiterschutz-Gesetze schroff gegenüber. Redner schloß mit einem warmen Appell, kräftig für die Wahl Liebknecht's einzutreten. In der Diskussion sprachen die Herren Gensch und Weise im Sinne des Referenten. Hierauf wurden mehrere Resolutionen in diesem Sinne angenommen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die Adler-Brauerei, Weimann, Knebel, Schirm, Gottschalk, Badstraße, und Schulz, Stettinerstraße, ihre Lokale zu Versammlungen nicht hergeben. Die Versammlung schloß alsdann mit einem Hoch auf den Kandidaten.

Eine öffentliche Versammlung der Rohrleger und Helfer tagte am Dienstag Abend im unteren Saale des Fraustein'schen Lokals, Alte Jakobstraße, unter Vorsitz des Herrn Becker. Herr Gottfr. Schulz, der sozialdemokratische Kandidat für den 1. Wahlkreis, sprach zunächst über die Bedeutung des 8stündigen Arbeitstages, indem er auf die Nothwendigkeit eines solchen hinwies, um einestheils das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, anderntheils die Wohnungsnoth in den größeren Städten zu mildern. Berlin müsse der Bauch aufgeschlitzt den Hauseigenthümern Raison beigebracht werden. Wäre der 8stündige Arbeitstag eingeführt, so könnten die Arbeiter ohne Schwierigkeit und ohne Unterhaltung ihre Wohnstätten außerhalb Berlins aufsuchen. In der Umgegend müßten sich Baugenossenschaften der Arbeiter mit Staatshilfe aufthun, die Arbeiterwohnhäuser errichten, die nach und nach durch Abzahlung in den Besitz der Arbeiter überzugehen haben. Das Eisenbahnnetz sei mehr und mehr zu erweitern. Von diesem Hauptgedanken habe sich der internationale Arbeiterkongreß in Paris bei seinen Berathungen leiten lassen. Nach längerer Debatte erklärten sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, proklamirten den 1. Mai 1890 als Arbeiterfeiertag und beschlossen, an diesem Tage auf allen Bauten, in allen Werkstätten die Arbeit ruhen zu lassen. Des weiteren beschäftigte man sich mit der Frage: „Wie verhalten wir uns zu einer Lohnbewegung in diesem Jahre?" Herr Borchardt, Kleinmeister, ließ sich hierüber folgendermaßen aus: Er habe Gelegenheit gehabt, Einsicht in die Bücher der Berufsgenossenschaft zu nehmen. Im Vorjahre waren 184 Betriebe angemeldet mit 2593 Arbeitern. Die Gesammtsumme der gezahlten Löhne betrug 1 741 154 M., so daß auf einen Arbeiter ein Jahresdurchschnittsverdienst von 671,50 M. kam. Die Vorjahre wiesen nur einen, um ein Geringes höheren Verdienst auf. Diese Zahlen widerlegten am besten die Behauptungen der Innungsmeister von der glänzenden Lage der Rohrleger. Nachdem Redner noch nachgewiesen, daß der Betrieb ein äußerst gesundheitsschädlicher und gefährlicher ist, fordert er die Kleinmeister auf, sich den Gesellen bei der Lohnbewegung anzuschließen. Das Großkapital breite sich immer mehr aus — im Vorjahre seien 15 Aktiengesellschaften im Baubetriebe mit über 33 Millionen Mark Kapital gegründet worden. — 47 selbstständige Betriebe hätten die Beiträge für die Arbeiter nicht zahlen können. Eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter würde auch eine Besserstellung der Kleinmeister mit sich bringen. Deshalb sollten sie Hand in Hand gehen. Die Arbeiter sollten sich aber der Organisation anschließen. Nach längerer Debatte verpflichtete man sich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen und Mann für Mann dem Fachverein beizutreten. Die Agitationskommission wurde beauftragt, am 1. Mai eine Versammlung einzuberufen. In allen den Werkstellen, wo die Forderung noch nicht bewilligt ist, soll an diesem Tage die Arbeit niedergelegt werden. — Die Forderungen, die schon im Vorjahre formulirt worden, aber infolge des Bauhandwerkerstreiks nicht zur Durchführung gebracht werden konnten, sind: 9stündige Arbeitszeit, 50 Pf. resp. 35 Pf. Stundenlohn für den Rohrleger resp. Helfer, 20 pCt. Zuschlag für Ueberstundenarbeit und 100 pCt. Zuschlag für Sonntagsarbeit. Unter „Verschiedenes" wurde auf die vom Metallarbeiterverein herausgegebenen statistischen Fragebogen aufmerksam gemacht. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Töpferversammlung fand am 6. d. im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße, unter dem Vorsitz der Herren Thieme, Köppen und Heinr. Hoffmann statt. Die zu erledigende Tagesordnung lautete: „Wie verhalten wir uns im Baujahr 1890?" Der Vertrauensmann gab einen Rückblick auf das verflossene Baujahr. Es sei vor nunmehr Jahresfrist in mehreren Versammlungen ein neuer Tarif, der eine Erhöhung der Akkordpreise in Anbetracht der gestiegenen Lebensmittelpreise in sich schloß, berathen, angenommen und gedruckt worden. Zwei Kollegen sollten mit den Meistern in Unterhandlungen treten. Letztere seien von den Meistern durch verschiedene Winkelzüge in die Länge gezogen worden, bis schließlich der Maurer-, der Zimmerer- und zuletzt der Malerstreik eine Schlappe im Baugewerbe hervorriefen, so daß keine Aussicht vorhanden war, einen Lohnkampf mit Erfolg durchzuführen. Die Forderungen, die durchaus berechtigt seien — es gäbe Töpfer mit einer Jahreseinnahme von 900 Mark — seien bei dieser Sachlage bis auf eine günstigere Zeit verschoben worden. An der 8stündigen Arbeitszeit habe man dagegen festgehalten und sie durchgeführt um wenigstens einem Theile der Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. An dem neuen Lohntarif müsse festgehalten werden. Heut seien noch keine bindenden Beschlüsse zu fassen, da man erst die Meinung der Töpfer Deutschlands über eine eventuelle Lohnbewegung hören müsse. Sämmtliche Redner, die in der Diskussion sprachen, waren sich in der Nothwendigkeit der Aufbesserung der seit 1885 bestehenden Lohnsätze einig. Eine Lohnbewegung müsse in diesem Jahre unbedingt vor sich gehen. Diesmal könne man auf Andere keine Rücksicht nehmen, wie im vorigen Jahre. Herr Chemnitz erinnerte dagegen an den Kongreßbeschluß, daß erst die Lage der Scheibentöpfer aufzubessern sei, bevor größere Städte Forderungen stellen. Auf jeden Fall solle man den nächsten Töpferkongreß abwarten und sich einem Beschlusse desselben unterwerfen. Eventuell solle die Forderung noch um 1 Jahr zurückgestellt werden. Schließlich beschloß die Versammlung mit allen gegen 1 Stimme, die achtstündige Arbeitszeit strikte innezuhalten, den im Jahre 1889 ausgearbeiteten Lohntarif anzuerkennen und, sobald sich die günstige Gelegenheit bietet, eine Versammlung einzuberufen, um den Tarif zum Durchbruch zu bringen. Unter „Gewerkschaftliches" verlas der Revisor Herr Ecke den Kassenbericht und übte eine ziemlich strenge Kritik an einigen „faulen" Zahlern. Dem Vertrauensmann Herrn Thieme wurde Decharge ertheilt und an Stelle des einen ausscheidenden Revisors Herr Gustav Fremer gewählt. Eine Anregung des Herrn Thieme, die Kongreßbeschickung betreffend, führte zur Annahme einer Resolution, „ein Drittel der Einnahmen, das bis jetzt zur Unterstützung der streikenden Bunzlauer Töpfer verwendet wurde (der Streik ist jetzt beendigt), an die Kongreßkasse abzuschicken, aus der kleinere Orte unterstützt werden sollen". Nachdem noch einige weniger wichtige Gewerkschaftsangelegenheiten erledigt worden, schloß die Versammlung.

In der Fachvereinsversammlung der Lederarbeiter am Montag, den 10. Februar, hielt Herr Herklotz aus Tegel einen äußerst lehrreichen und anregenden Vortrag über: „Das Wesen der Homöopathie", an welchen sich eine sehr animirte Erörterung knüpfte, die noch durch die rege Betheiligung einiger anderer anwesenden Homöopathen ein erhöhtes Interesse gewann. Die zu errichtende Bibliothek soll durch zwei Bücherwarte verwaltet werden, und wurden demgemäß 2 Kollegen dazu erwählt. Da die Leipziger sowie die Offenbacher Kollegen organisationslos sind, so soll von Berlin aus der Versuch gemacht werden, die mutzlosen Geister aufzurütteln und einigte sich die Versammlung dahin, den Vorsitzenden des Vereins, Kollegen Jahn, nach Leipzig und Offenbach zu senden, um dort die erste Saat auszustreuen. Um die Vereinskasse nicht zu sehr zu schwächen, wurde bestimmt, die Reisekosten u. s. w. aus dem Ertrage eines nächstens zu veranstaltenden Herrenabends zu begleichen. Nach der Ergänzungswahl zum Vergnügungsausschuß und der Aufforderung am Sonntag, den 16. d. M., Morgens 7½ Uhr, recht pünktlich in der „Urania" zu sein, wurde bekannt gegeben, daß am Mittwoch, den 19. März bei Baggenhagen eine öffentliche Massenversammlung, und Sonnabend, den 26. April, ein großes Tanzvergnügen in den Gesammträumen des Vereinslokals stattfinden wird. Der vollständig unentgeltliche Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich nach wie vor bei Herrn Sperling, Louisenufer 22, am Oranienplatz, und wird hiermit allen Interessenten in empfehlende Erinnerung gebracht. — Nächste Versammlung am Montag, den 24. d. M., Oranienstr. 180 im großen Saal, Vortrag des Herrn Stadtverordneten Zubeil über Arbeiter-Berufskrankheiten.

Pierraden. Am Sonntag, den 9. Februar, fand in Vierraden eine imposante Wählerversammlung für den Reichstagswahlkreis Prenzlau-Angermünde statt, welche von zirka 300 Personen besucht war. Herr Max Kreus aus Berlin, welcher das Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen übernommen hatte, erledigte sich seiner Aufgabe in sehr sachlicher Weise. Der Bürgermeister, welcher auch anwesend war, mußte tief ergriffen von dem Vortrag sein, da er plötzlich aufsprang und sagte „wir haben genug gehört und gehen nach Hause" und aus der Versammlung, der Ruf erschallte „wer nicht hier bleiben will, der kann nach Hause gehen, wir wollen aufgeklärt werden. Als Referent den aufgestellten Kandidaten Karl Grillenberger zur bevorstehenden Reichstagswahl empfahl, rief der Bürgermeister „wir wählen Wedell-Malchow." Referent ließ sich in seinen Ausführungen nicht stören, trotzdem der Herr Bürgermeister rief „wir wollen nichts mehr hören." Aus der Versammlung wurde nun der Antrag gestellt „die fortwährenden Unterbrechungen zu unterlassen und wer sich nicht ruhig verhalten will, dem soll der Vorsitzende den Saal verweisen, worauf der Vorsitzende die Anwesenden zur Ruhe ermahnte, da er sonst sich genöthigt sehen, den Ruhestörer aus dem Saal zu weisen. — Es waren 2 Resolutionen eingelaufen, welche vom Vorsitzenden zur Annahme empfohlen und welche lauteten: 1. Die heute tagende Wählerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und die Wähler machen es sich zur Pflicht, bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur dem aufgestellten Kandidaten Carl Grillenberger die Stimme zu geben. Die heutige im Rosenfeldt'schen Lokale tagende Wählerversammlung weist die Ausführungen des Ministers Herrfurth, welche derselbe in der 52. Plenarsitzung des Reichstages gebraucht hat, daß die sozialdemokratische Partei nur die Vertreterin derjenigen Arbeiter sei, welche nicht arbeiten wollen, mit Entrüstung zurück. 2. Die Wähler des Kreises Prenzlau-Angermünde werden dahin zu wirken suchen, daß gerügend Männer in den Reichstag kommen, welche Zustände schaffen, damit das Volk in jeder Art mehr aufgeklärt wird und damit Jedem nicht allein das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht auf Arbeit aufgelegt wird. Es ist mithin mit aller Kraft dahin zu wirken, daß der Kandidat Karl Grillenberger am 20. Februar als Vertreter des Kreises gewählt wird. Beide Resolutionen wurden gegen eine Stimme angenommen. Der Herr Bürgermeister hat auch nicht dagegen gestimmt. Hierauf wurde, da sich trotz mehrfacher Aufforderung keine Gegner zum Wort meldeten, trotzdem verschiedene anwesend waren, dem Referenten das Schlußwort ertheilt, welches mit einem brausenden Bravo endete. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und den aufgestellten Kandidaten Karl Grillenberger schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wir erhalten folgendes Schreiben: In Ihrem geschätzten Blatt, Ausgabe vom Mittwoch, den 5. dieses Monats, Seite 3 der Beilage, finde ich ein Referat über die am 31. Januar d. J. hierselbst stattgehabte Wählerversammlung, in welcher seitens eines Redners, des Herrn Rieß, meines Namens und meines Geschäftes Erwähnung gethan wird. Es heißt an der betreffenden Stelle:

„Herr Rieß theilt den Genossen mit, daß [illegible] Sedanstraße im Lokale des Herrn Richter [illegible] die heutige Versammlung betreffend, abgegeben, [illegible] die Frau Wirthin unter Schimpfworten [illegible] Ofen geleckt habe. Die Genossen wüßten je[illegible] sie zu thun haben."

Der Sachverhalt ist durch diese Darstellung [illegible] entstellt. Da Sie, Herr Redakteur, einer Berichtigung [illegible] selben im Interesse der Wahrheit gewiß Raum [illegible] gestatte ich mir, folgendes zu bemerken und bitte Sie, [illegible] Ihrem nächsten Blatt zu veröffentlichen.

Am Mittwoch vor jener Versammlung, Abends [illegible] 10 Uhr, trat ein Mann in mein noch von verschiedenen besuchtes Lokal, begab sich ohne jeden Gruß an [illegible] Aufhängen von Ankündigungen bestimmten [illegible] und heftete daselbst ohne Anfrage um Erlaubniß [illegible] Plakat an. Er entfernte sich dann sofort [illegible] lautbarte auch nicht beim Weggehen den üblichen [illegible] Entrüstet über dieses unhöfliche Benehmen des Mannes [illegible] noch mehr erregt durch die Worte des Unwillens [illegible] sämmtlichen anwesenden Gäste über den Unbekannten [illegible] kam meine Frau — ich war zur Zeit im Keller beschäftigt — hinter dem Schenktisch hervor, riß das Plakat [illegible] warf es ins Feuer. Von dem Inhalt desselben [illegible] wenig sie, wie irgend einer der Anwesenden eine Ahnung [illegible] sie das brüske Auftreten des Mannes von einer Kenntnahme vollständig abgelenkt hatte. In demselben Augenblick that besagter Mann, der draußen die Dinge abgewartet [illegible] mußte, wieder in die Schänkstube, und drohte mit den Worten „Das werde ich Ihnen in der Versammlung schon [illegible] — und verschwand.

So und nicht anders ist der Sachverhalt. Ich überlasse jedem Menschen, zu beurtheilen, ob ich richtig gehandelt oder nicht. Jedenfalls versichere ich, daß mein Verfahren weder dem Inhalt des Plakats, den ja keiner von uns kannte, entsprungen, sondern lediglich aus dem unhöflichen brüsken Auftreten des Mannes. Ich betone das extra, weil die von Herrn Rieß gethane Aeußerung: „Die [illegible] wüßten nun, was sie zu thun haben", mich [illegible] und mich schädigen könnte; gleichzeitig zweifle ich [illegible] daß jeder anständige Mensch weß, wie er über den Fall denken, beziehungsweise was er trotz desselben zu thun [illegible]

Hochachtungsvoll und ergebenst
Carl Richter
Sedanstr. 33.

* * *

Eine große öffentliche Versammlung der Bau[illegible]schneider und in der Bekleidungsindustrie beschäftigten [illegible] Donnerstag, den 13. Februar, Abends 8½ Uhr bei Lehmann, [illegible] Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Schriftsteller [illegible] wissen?". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. [illegible] Zutritt.

Fachverein der Steindrucker und Lithographen. Am Donnerstag, den 15. Februar, Abends 8½ Uhr, in Jordan's [illegible] Gitschiner 24, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Cyrl über Willenskraft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. [illegible] reiches Erscheinen wird ersucht.

Verein ehemaliger Schüler der 23. Gemeindeschule. Donnerstag, den 15. Februar, Abends 9½ Uhr, Versammlung im [illegible] Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. [illegible] den 16. Februar, Kränzchen im Grand Hotel Alexanderplatz.

Verband deutscher Müllergesellen (Filiale Berlin). [illegible] Generalversammlung am Donnerstag, den 13. Februar, [illegible] in Röhlig's Salon, Bergstraße 12. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Standesangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. [illegible] reiches Erscheinen wird erwartet.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Tellow-, Storkow Charlottenburg. Versammlung am Donnerstag, den [illegible] Abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Die täglichen Parteien und die Sozialdemokratie. Referent Wilhelm Werner. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. [illegible] recht zahlreiches Besuch wird erwartet.

Große öffentliche Generalversammlung sämmtlicher Bäckergesellen Berlins und Umgegend am Freitag, den 14. Februar, Abends 8½ Uhr, in Schiel's großem Saale, Schäfferstraße 39 (nahe der Kottbuserstraße). Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme für die Hauptperiode. 2. Beschlußfassung über den für die gesammten Bäckergesellen Deutschlands in Gotha abzuhaltenden Kongreß und Bericht der Delegirten Halle.

Verein zur Wahrung der Interessen der Bierbrauer und verwandter Berufsgenossen. Am 15. Februar: Stiftungsfest mit Maskenball in den Sälen der Berliner Bockbrauerei (Tempelhofer Ufer). Anfang 8½ Uhr. Entree 50 Pf. Billets sind zu haben bei Schmidt, Stralauer Platz 23; Emil Graf, Adalbertstr. 64; [illegible] Straße 15; Karl Riediger, Dieffenbachstraße 59; Ernst Roth, [illegible] Restaurant.

Rüdersdorf. Am Sonntag, den 9. Februar, sollte im [illegible] Gasthof zur Linde eine Wählerversammlung stattfinden. Der Wirth in letzter Stunde sein Lokal zurück, da die Bergwerksdirektion [illegible] Wirth einen Theil seines Gartens gepachtet hat, ihm drohte [illegible] am 1. April d. J. abkündigt zu entziehen, wenn er die Versammlung [illegible] — Außerdem wohnen die Besitzer auf das Lokal den Rüdersdorfer Schulstraße (zur Berghalle), noch echten, welcher ebenfalls [illegible] sammlungen verweigert.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Donnerstag: [illegible] gesangverein „Lützitia" Abends 9 Uhr in Bettin's Restaurant, [illegible] — Gesangverein „Brezelschluß" Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Köpnickerstraße 100. — Männergesangverein „Nordstern" Abends [illegible] Restaurant Pohl, Müllerstraße 7. — Schäfer'scher Gesangverein [illegible] Abends 9 Uhr bei Wolf u. Krüger, Skalitzerstraße 126. Gesangverein „Blüthenkranz" Abends 9 Uhr im Restaurant Brandenburg [illegible] Männergesangverein „Alexander" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] bergerstraße 8. — Männergesangverein „Firmina" bei Aimer, [illegible] Nr. 68. — Gesangverein Männerchor „St. Urban" Abends 9 Uhr [illegible] straße 9. — Gesangverein „Deutsche Liedertafel" Abends 9 Uhr [illegible] straße 100. — Gesangverein „Norddeutsche Schleife" Abends [illegible] 11 Uhr Wichmannstraße 32. — „Männer-Gesangverein [illegible] Abends 9 bis 11 Uhr, Frankfurter Bierhallen (Krüger), Gr. Frankfurterstraße [illegible] — „Brunonia" Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Lehmann, [illegible] straße 32. — Turnverein „Hasenheide" (Lehrlings-Abtheilung) [illegible] Dieffenbachstraße 60—61. — „Berliner Turngenossenschaft" [illegible] Abtheilung) Abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle, [illegible] straße 17—18; — desgl. 6. Männer-Abtheilung Abends 8 Uhr [illegible] städtischen Turnhalle, Gubenerstraße 51. — Lübeck'scher Turnverein [illegible] Abtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57—58. — Allgemeiner [illegible] Stenographenverein, Abtheilung „Louisenstadt", Abends [illegible] Restaurant Kreuz, Oranienstr. 51. — Krends'scher Stenographenverein „Phalanx" Abends 8½ Uhr im Restaurant „Zum Buckower [illegible] straße 9. — Deutscher Verein Krends'scher Stenographen Abends [illegible] heidt's Restaurant, Koppenstr. 75. Unterricht und Uebung. — [illegible] graphen-Verein (System Krends) Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] — Stolze'scher Stenographenverein „Nord-Berlin" Abends 9 Uhr [illegible] straße 44. — Verein der „Naturfreunde" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] straße 35. — Verein der Unruhstädter Abends 8½ Uhr im [illegible] holzmarktstraße 72. — Verein ehemaliger Schüler der 23. Gemeindeschule Abends 9½ Uhr, Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72 (Glashalle). [illegible] neuer Mitglieder. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger [illegible] Schüler am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats im Café Schäfer. [illegible] Abends 8 Uhr. — Rauchklub „Kernspitze" Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub „Arcona" Abds. 9 Uhr bei Zipplinger, [illegible] straße 71. — Rauchklub „Dezimalwaage" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] Knautkstraße 48. — Rauchklub „Vorwärts" Abends 9 Uhr bei [illegible] Restaurant „Zum Andos", Breslauerstraße 27. — „Orientalischer [illegible] Abends 9 Uhr im Restaurant Wiechert, Oranienstraße 8. — Rauchklub [illegible] Pipe" Abends 9 Uhr Langestraße 70 bei Heindorf. — [illegible] „Collegia" Abends 9 Uhr bei Thiemermann, Skalitzerstraße 14 [illegible] Theatergesellschaft „Adlerschwinge" Sitzung 9½ Uhr Gartenstraße [illegible] — Musikverein „Vorwärts" Uebung Abends von 9—11 Uhr [illegible] Neue Mitglieder erwünscht. — Vergnügungsverein „Fortuna" [illegible] Sitzung Fidelitas Invalidenstraße 139. Gäste willkommen. [illegible] Mitglieder.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Ohne Antwort wird nicht ertheilt.

Bei Maurer, Werner & Co. sind eingegangen: [illegible] durch Simon 15 M. — Schenk 3 M. — Lustige Schlosser [illegible] — Setzer des „Berl. Volksbl." 150 M. — Setzer der Firma Maurer, Werner u. Co. 20 M. Freiwillige Beiträge [illegible] die Obengenannten entgegen.

Herrn Schuhmachermeister H. Wolf in Berlewohn [illegible] Kreis Hadelschwerdt. Nennen Sie uns die Namen der [illegible] die Sie belästigen. Den Fabrikbesitzer Urban in Langenbielau [illegible] wir vorläufig notirt. Nur fest aufgetreten der schwarzen [illegible] sellschaft gegenüber!

M. M. Die Schankkonzession kann Ihnen wegen [illegible] kürzlich erfolgten Bestrafung verweigert werden. [illegible] kommt Ihre Frau um die Konzession ein.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.